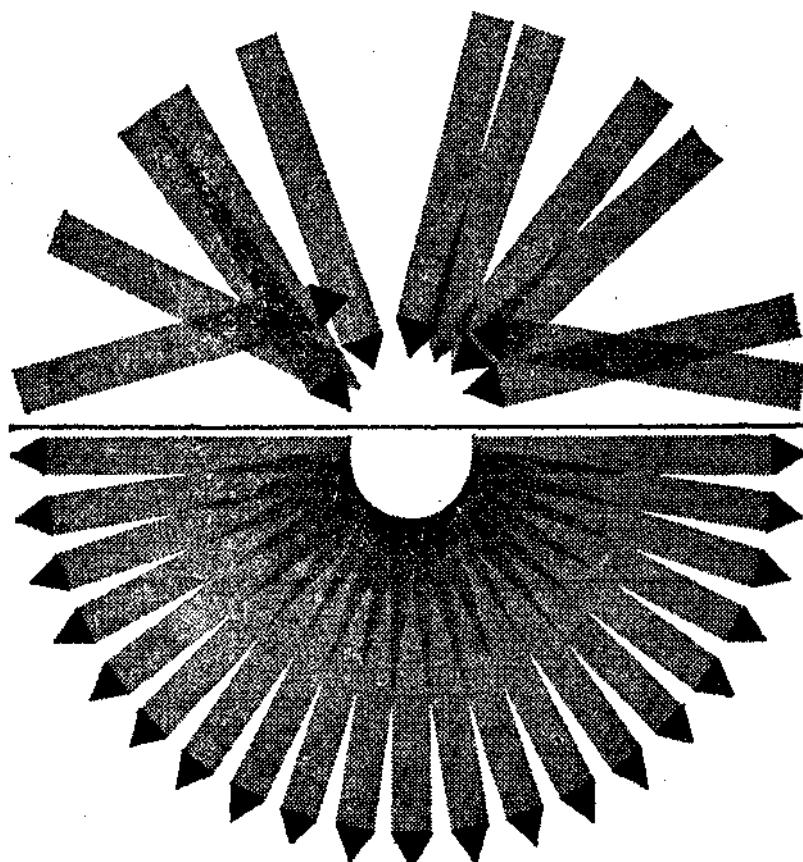


Aktuelles Thema: Datenverarbeitung – aber wie?



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

23. Jahrgang

Sondernummer 3/1968

Einzelpreis 50 Pf

Die Verschärfung des Klassenkampfes und die Aufgaben der KPD

**Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Genossen Max Reimann,
auf der XIII. Tagung des Zentralkomitees**

I

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unser ZK tritt zu einem Zeitpunkt zusammen, in dem sich für die gesamte internationale Arbeiterbewegung und für alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland wichtige Ereignisse vollzogen haben und vollziehen. In der ČSSR ist dank des Eingreifens von fünf sozialistischen Staaten die Zerstörung des Sozialismus, die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Reaktion verhindert worden. Die Grundlagen des Sozialismus in der ČSSR werden wieder gefestigt. Und zu gleicher Zeit bemühen sich die Kräfte des Imperialismus, unter Ihnen die herrschenden Kreise Westdeutschlands, die internationale Situation zu verschärfen, eine Woge des Antikommunismus zu erzeugen.

Das Politbüro hat unmittelbar nach dem Eingreifen der fünf sozialistischen Staaten im Namen des Zentralkomitees eine Erklärung abgegeben. Die Ereignisse in den vergangenen Wochen, das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen zwischen der KPdSU und der KPC, die neuen Tatsachen über das Wirken der in- und ausländischen Konterrevolution, die inzwischen bekannt wurden und nicht zuletzt die Erbitterung, mit der die internationale Reaktion auf ihre Niederlage reagiert hat, haben die Richtigkeit unserer Einschätzung bestätigt.

Unsere Partei hat in der äußerst komplizierten Lage im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR einen festen, prinzipiellen, internationalistischen Standpunkt eingenommen. Obgleich die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik in Europa an der Spitze des antikommunistischen Feldzuges des Imperialismus stehen und alle ihre Massenmedien in den Dienst der Aggressionspolitik gegen den Sozialismus stellen, fanden die Stellungnahmen der Parteiführung zu den Ereignissen in der ČSSR in der Mitgliedschaft volles Verständnis und Zustimmung. Es gibt geradezu hervorragende Beispiele dafür,

wie in den Bezirken, in den Kreisen, in den Betrieben in zahlreichen Diskussionen die Mitglieder und Funktionäre unserer Partei standhaft und offensiv die Maßnahmen der Sowjetunion und der anderen vier Länder des Warschauer Paktes verteidigten und begründeten. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Genossen und Genossinnen ohne Rücksicht auf Schmähungen, Beleidigungen und selbst Täglichkeiten den Standpunkt unserer Partei vertreten haben.

Einheit und Geschlossenheit unserer Reihen

Vom sofortigen selbständigen Auftreten zahlreicher Genossen bis zu der schnellen Herausgabe von Aufklärungsmaterialien durch Parteieinheiten im Ruhrgebiet, in Hamburg, in Hessen, in Bayern, im Saargebiet, in Rheinland-Pfalz und in anderen Bezirken, Kreisen und Orten wurden die ersten Beispiele gegeben, wie eine Partei, die unter so schweren Bedingungen wie wir kämpft, sich mutig und kühn der Welle des Antikommunismus, der Lüge, ja man kann sagen der Kriegshysterie widersetzt. Spontan hat sich eine Betriebsgruppe an das Zentralkomitee gewandt, um die vollkommene Übereinstimmung mit dessen Haltung zu bekunden. Dem folgten Zustimmungserklärungen von zahlreichen Kreisberatungen der Partei und von einer großen Anzahl einzelner Genossen. Das alles zeugt von einer gewachsenen ideologischen Reife unserer Partei, von der Einheit und Geschlossenheit unserer Reihen auf einer festen Position des Marxismus-Leninismus, und wir können auch feststellen, daß sich dies im großen und ganzen widerspiegelt bei unseren Genossen, die auf dem Gebiete der Pressearbeit tätig sind.

Sehr oft auf sich allein gestellt, haben Genossen in Betrieben und Gewerkschaften ohne zu schwanken den Standpunkt der Partei zu den Maßnahmen der Sowjetunion und der anderen vier sozialistischen Staaten zur Erhaltung des Sozialismus in der CSSR, zur Verteidigung des Friedens in Europa mit guten Argumenten von ihrer Klasseneinsicht her vertreten. Genossen in einem Betriebsrat erreichten durch ihr offensives Auftreten, daß der Gesamtbetriebsrat keine Protestentschließung gegen die Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten herausgab. In einem großen Metallbetrieb wollte man unseren Genossen, der Vertrauensmann ist, zwingen, eine Resolution gegen die Sowjetunion zu formulieren, die dann vom Gesamtvertrauensmännerkörper angenommen werden sollte. Unser Genosse vertrat konsequent den Standpunkt unserer Partei und lehnte das an ihn gerichtete Ansinnen ab. In Hamburg hat eine Genossin, die von Provokateuren tödlich angegriffen wurde und der man die Kleider zerriß, ihre Materialien zur Verteidigung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder standhaft weiter verteil. Solche und ähnliche Beispiele gibt es in der ganzen Bundesrepublik.

50 Jahre Kampf gegen deutschen Imperialismus

Wie ist dieses standhafte und im großen und ganzen einheitliche Auftreten unserer Partei zu erklären? Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen.

Unsere Partei steht seit ihrer Gründung, seit 50 Jahren dem deutschen Imperialismus, der Reaktion und dem Sozialdemokratismus Auge in Auge gegenüber. Unsere Partei hat im Kampf mit dem deutschen Imperialismus viele Erfahrungen sammeln können — mit seinen Methoden, seiner Hinterhältigkeit, seiner

Heuchelei, seiner Verschlagenheit und Brutalität. Das war in der Weimarer Republik, das war unter dem Faschismus, das war nach 1945 und ist gegenwärtig so, da der Antikommunismus zur Doktrin des Bonner Staates geworden ist. Unsere Partei hat in keiner Situation geschwankt, wenn es darauf ankam, die Tradition der Thälmannschen Erkenntnis fortzusetzen, daß der Maßstab für jeden Kommunisten sein Verhältnis zur Sowjetunion ist.

In unserer Partei ist die Erkenntnis tief eingedrungen, daß die großen historischen Veränderungen in der Welt, für die Sache des Sozialismus und des Friedens in erster Linie basieren auf der ökonomischen, ideologischen und militärischen Kraft, die die Sowjetunion im Weltmaßstab darstellt. In unserer Partei gibt es keinen Zweifel daran, daß das Schicksal, die Entwicklung aller sozialistischen Länder, des Fortschritts, der Unabhängigkeitsbewegung der unterdrückten Völker, der weiteren Entwicklung des Sozialismus und der Demokratie vor allem auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, den Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruht, von denen sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion jederzeit leiten ließ.

Zu den wesentlichen Ursachen, warum unsere Partei in dieser komplizierten Lage, im Feuer der wütesten antikommunistischen Heize sich standhaft erwies, gehört die Erkenntnis von der Bedeutung und der Rolle der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten sozialistischen Staates deutscher Nation.

Wenn einzelne Genossen in verschiedenen zugesetzten Situationen nach 1945, die sich aus den harten Auseinandersetzungen zwischen den beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auf deutschem Boden ergeben, gewissen Schwankungen ausgesetzt waren, so sind sie vor allem durch die politisch-ideologische Arbeit der Partei in den letzten Jahren in hohem Maße überwunden worden, so daß die Partei in den Grundfragen der deutschen Politik und der weiteren Perspektive der Entwicklung einen festen und einheitlichen Standpunkt besitzt. **Und ich bin der Meinung, daß die Diskussion um den Programmentwurf unserer Partei, obgleich sie noch weitergeht, dazu beigetragen hat, diese Festigkeit zu untermauern.** Zweifellos hat das Auftreten von immer mehr Genossen, die Darlegung unserer Politik und damit im Zusammenhang die notwendigen Auseinandersetzungen mit gegnerischen Auffassungen die kämpferische Aktivität der Partei gehoben.

Ich denke, Ihr stimmt mit mir darin überein, wenn ich aus all' diesen Feststellungen die Schlußfolgerung ziehe, daß diese Standhaftigkeit und Geschlossenheit der Partei die Voraussetzung ist, um in den Auseinandersetzungen zu bestehen und in der weiteren Entwicklung neues Vertrauen bei allen fortschrittlichen Kräften zu gewinnen. Von der Festigkeit in unseren Reihen hängt doch im Grunde der ganze Klärungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse und innerhalb unserer verbündeten Kräfte ab.

Auf den Klassenstandpunkt kommt es an!

Ich möchte auch offen darüber reden, welche Schwächen sich gerade in diesem Zeithorizont bei einzelnen Genossen, auch bei einigen Funktionären unserer Partei, zeigten. Wir alle haben volles Verständnis für Fragen, die vor allem jüngere Genossen an uns stellen und die wir unbedingt beantworten müssen. Diese Fragen kommen in den seltensten Fällen von der Position der Ablehnung der Politik unserer Partei. Es ist verständlich, daß in einer so komplizierten

Situation Fragen auftreten können, mit denen die Genossen nicht fertig werden, bei denen bestimmte Erfahrungen im Klassenkampf und Erkenntnisse über einige Zusammenhänge fehlen. Es ist ganz normal, daß aus diesen Fragen eine bestimmte Sorge um unsere Gesamtentwicklung und die weitere Entwicklung unseres Kampfes in der Bundesrepublik zum Ausdruck kommt.

Darüber hinaus aber gibt es einige Genossen, die die Haltung der Sowjetunion und der anderen vier sozialistischen Staaten nicht verstehen.

In den meisten Fällen haben die Parteileitungen bei solchen Erscheinungen eingegriffen, mit den Genossen Aussprachen durchgeführt, zur Klärung beigetragen und erreicht, daß die Genossen mehr Klarheit gewonnen haben.

Es ist bezeichnend für die Atmosphäre in der Partei, daß dort, wo einzelne Genossen Schwankungen hatten oder mit abweichenden Auffassungen auftraten, sofort ein Ringen um Klarheit begonnen hat.

II

Der sich verschärfende Klassenkampf im Weltmaßstab

Wer die Klassenschlacht in und um die CSSR verstehen, ihren Ausgang marxistisch einschätzen will, muß sich vor einem hüten: Die Vorgänge in der CSSR isoliert zu betrachten. Wie Lenin in seiner Schrift „Der Imperialismus und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ schrieb, ich zitiere:

„Die sozialistische Revolution ist kein einzelner Akt, keine einzelne Schlacht an einer Front, sondern eine ganze Epoche schärfster Klassenkonflikte, eine lange Reihe von Schlachten nach allen Fronten“ —

so ist die Konterrevolution in der CSSR Ausdruck des sich verschärfenden Klassenkampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Weltmaßstab. Dieser Klassenkampf ist universell, denn wir leben in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und in welchem Erdteil auch immer die Auseinandersetzungen ausgetragen werden, sie sind aufs engste miteinander verbunden.

Der Weltimperialismus steigert gegenwärtig seine Versuche, den Vormarsch des Sozialismus aufzuhalten, wenn möglich, zurückzudrängen. Das mit allen Mitteln. Mit der brutalen Aggression in Südostasien, in Vietnam, im Nahen Osten, in Lateinamerika und in Afrika ebenso wie mit dem Versuch, die schlechende Konterrevolution in die sozialistischen Staaten Europas zu tragen. Das nennen wir die USA-Globalstrategie, bei der der deutsche Imperialismus in Europa eine erstrangige Rolle spielt, vor allem bei dem Export der Konterrevolution, in Bonn „neue Ostpolitik“ genannt.

Warum militärische Maßnahmen nötig?

Nur wer diesen Zusammenhang begreift, der wird die uns Kommunisten immer wieder gestellte Frage richtig und marxistisch beantworten können: War die Konterrevolution in der CSSR so gefährlich, daß militärische Gegenmaßnahmen ergriffen werden mußten?

Hoch, sehr hoch waren die Erwartungen der imperialistischen Drahtzieher dieser Konterrevolution neuen Typs. Da schrieb am 26. Juli 1968 die „Bonner Rundschau“, ich zitiere:

„Das ‚eiserne Dreieck‘, das diese Drei (DDR, Volkspolen, CSSR) bilden, ist das Herzstück des Warschauer Paktes ... Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, was ein Ausschieren Prags aus diesem Dreieck bedeuten würde. Die Südflanke der Zone und Polens wäre nicht mehr gedeckt, ein Vorstoß über die sowjetische Grenze wäre denkbar. Das Dreieck hätte seinen Wert, der Warschauer Pakt sein Herzstück verloren.“

Hier dachte die „Bonner Rundschau“ laut die Erwartungen der Globalstrategen vom Schlagze des Franz Josef Strauß. Es war ihr Ziel.

Der Ideologe der Globalstrategie aus den USA, bis vor kurzem osteuropäischer Ratgeber des USA-Ministers Dean Rusk, Zbiginew Brzesinski, erklärte am 14. Juni 1968 in Prag vor dem Institut für Internationale Politik:

„Unsere Meinung ist, daß heute, 20 Jahre nach dem Abschluß des Krieges, wieder politische Strukturen an die Oberfläche kommen, die hier schon einmal gewesen sind. Damit will ich sagen, daß der Eindruck oder die Schlußfolgerungen von einer oberflächlichen Ähnlichkeit der politischen Strukturen, die eine Folge des zweiten Weltkrieges gewesen ist, jetzt verschwindet, und daß an ihre Stelle politische Strukturen treten, die hier schon gewesen sind.“

Mit dieser „politischen Struktur“ der Rekapitalisierung, die nach dem Bonner Osteuropa-Spezialisten Prof. Mehnert in der CSSR zunächst als Sozialdemokratismus auftreten sollte, war schließlich das beabsichtigt, was die „Bonner Rundschau“ aussprach: Der Vorstoß über die sowjetische Grenze!

Die neuen Methoden der Konterrevolution

Wer diese Konzeption der „neuen Ostpolitik“ oder besser des alten Revanchismus im modernen Gewand erkennt, der weiß, daß am 21. August in der CSSR nicht nur die sozialistische Gesellschaftsordnung, sondern der europäische Frieden, die Sicherheit auf unserem Kontinent gerettet wurden. Es wäre töricht, anzunehmen, der Imperialismus besäße nicht Flexibilität beim stets neuen Versuch, die Konterrevolution zu exportieren. Natürlich haben die Strategen des kalten Krieges aus der Niederlage der Konterrevolution 1956 in Ungarn gelernt. Sie entwarfen die Konterrevolution neuen Typs. Die schleichende, scheinbar stille, von der psychologischen Kriegsführung auf lange Sicht geplante und betriebene Konterrevolution. Um diese stille, schleichende Konterrevolution handelte es sich in der CSSR, wobei die konterrevolutionären Kräfte die Tatsache ausnutzten, daß im Prozeß der Überwindung der Fehler der Vergangenheit die KPČ ungenügende Wachsamkeit gegenüber den antisozialistischen Kräften an den Tag legte.

Das vielfältige Zusammenwirken der konterrevolutionären Kräfte der CSSR und ihrer imperialistischen Drahtzieher von außen, das methodische Instrumentarium von sogenannten technisch-wissenschaftlichen Kontakten über ökonomischen Druck, von Drohung mit militärischer Gewalt, bis zur ideologischen Diversion — das alles war auf lange Sicht geplant. Der Hauptstoß wurde gegen die KPČ, gegen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei geführt. „Demokratischer Sozialismus“ ohne, ja gegen die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, das war die Lösung der Konterrevolution, mit der sich der systematische Angriff auf die KPČ ebenso begründen ließ wie der Terror gegen

Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus treu ergeben waren. Wieder war es kein Zufall, daß der USA-Ideologe der Globalstrategie Brzesinski am 14. Juni 1968 in Prag die Lösung ausgab, ich zitiere:

„Meine Ausgangsthese ist, daß der Leninismus für eine entwickelte moderne Gesellschaft keine Geltung mehr hat.“

Verunglimpfung der Partei, Bildung konterrevolutionärer Zentren, wie des „Clubs 231“ und des „Clubs der engagierten Parteilosen“, der Versuch, die Arbeiterklasse mit der Neugründung einer sozialdemokratischen Partei zu spalten, Angriffe auf die Volksmiliz, antisowjetische Propaganda und die Forderung nach „Neutralität“ — das alles auf der konterrevolutionären Plattform der sogenannten 2000 Worte serviert, so sah die erste Etappe der stillen und schleichen den Konterrevolution aus. Der Prager Professor Goldstücker sagte dazu im Bayerischen Rundfunk: „Wir möchten nicht schon heute die Grenzen festlegen, bis zu welchen dieser Prozeß gehen kann.“ Doch die Grenzen der nächsten Etappe, die Liquidierung des sozialistischen Systems in der ČSSR, zeichneten sich bereits ab. Mitte Juli fordert Generalmajor Prchlik die Revision des Warschauer Paktes. Der Sekretär des ZK der KPC Cisar erklärt: „Der Marxismus-Leninismus wird in Zukunft keine Staatsideologie sein.“ Die Mordhetze gegen Funktionäre der KPC begann.

Bonns massive Einmischung und Anheizung der Konterrevolution

Von solchen Nachrichten aus der ČSSR ermuntert, sehen sich die Revanchisten in Bonn schon fast am Ziel. Hans Dölgans, CDU-Bundestagsabgeordneter, schreibt:

„Wir werden neben dem Weg der Gewalt, neben dem Weg der Härte einen dritten Weg in Erwägung ziehen müssen. Eine Verstärkung der Kontakte, um demokratische Anschauungen durch immer dünnere Wände in undemokratische Länder einfließen zu lassen.“

Die „Vorausabteilung“ der Monopole und Großbanken war bereits ausgeschwärmt. Bundesbankpräsident Blessing, der letzte Geldgeber des „Freundeskreises SS Himmler“ im März 1945, sondierte in Prag das Terrain ebenso wie Schleyer, Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung der Unternehmerverbände. Das Zusammenspiel konterrevolutionärer Elemente in der ČSSR, die sich selbst in der KPC und im Zentralkomitee Positonen erschlichen hatten, mit den konterrevolutionären Drahtziehern in Washington und Bonn funktionierte perfekt.

Die Hilfe der Bruderparteien vor dem 21. August

Nun wird uns Kommunisten immer wieder die Frage gestellt, ob denn bis zum 21. August wirklich alle politischen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Entwicklung in der ČSSR erschöpft waren? Darauf gibt es nur eine Antwort: Seit langem haben Bruderparteien der Führung der ČSSR ihre Befürchtungen und ihre Warnungen über die Entwicklung, vor allem auf ideologischem Gebiet, in der ČSSR zukommen lassen. Vor allem in den letzten Monaten wurden alle nur denkbaren und möglichen politischen Hilfen und Warnungen gegeben. Auf der Konferenz des Warschauer Paktes in Dresden war den führenden Ge nossen der KPC erklärt worden, daß die Politik, die im Januarplenum der KPC zur Überwindung fehlerhafter Entscheidungen der Vergangenheit beschlossen

worden war, die volle Unterstützung der Bruderparteien erfährt. Aber zugleich wurde den Genossen der KPC auch die Besorgnis über das Anwachsen einer dem Sozialismus feindlichen Meinungsmache in der CSSR mitgeteilt. In zahlreichen Artikeln der Zentralorgane der Bruderparteien wurde die Führung der KPC auf die schädliche Wirkung aufmerksam gemacht, die sogenannte Reformer aus Prag im Ausland erzielten. So veröffentlichte auch unser Zentralorgan „Freies Volk“ Artikel, in denen wir unsere Besorgnis darüber äußerten, daß z. B. die berüchtigte antikommunistische Hetzsendung „Die Kremlrunde“ aus Prag gesendet werden konnte.

Schließlich verfaßten die fünf sozialistischen Parteien des Warschauer Paktes einen gemeinsamen Brief an das ZK der KPC, in dem die Tatsachen über die schleichende Konterrevolution genannt wurden, in dem die KPC aufgefordert wurde, dem Treiben der antisozialistischen Kräfte nicht länger tatenlos zuzusehen, in dem aber auch klar der Wille dieser Parteien zum Ausdruck kam, Jeden Angriff des Imperialismus auf die Positionen des Sozialismus abzuwehren und den Revanchisten in der Bundesrepublik keine Chance zu geben. Das ZK unserer Partei stellte in einer Erklärung zum gemeinsamen Brief an das ZK der KPC fest:

„Mit großer Besorgnis müssen wir feststellen, daß in der CSSR dem Sozialismus feindliche Kräfte freien Spielraum bekommen, die Grundlagen des Sozialismus und die führende Kraft des Landes — die KPC — angreifen, diskreditieren und die Konterrevolution organisieren. Niemand kann doch länger das Zusammenspiel übersehen, das sich zwischen den antisozialistischen Kräften in der CSSR und den imperialistischen Kräften aller Schattierungen in der Bundesrepublik entwickelt.“

Bereits in der Ablehnung, zu der gemeinsamen Konferenz nach Warschau zu kommen, zeigten sich deutlich nationalistische Tendenzen im ZK der KPC. Dennoch setzten die Bruderparteien im Geiste des proletarischen Internationalismus ihre Bemühungen fort. Das Politbüro der KPdSU kam nach Cierna nad Tisou, um mit der Führung der KPC zu verhandeln, und in Bratislava führten die leitenden Genossen der fünf Bruderparteien Verhandlungen mit der Führung der KPC.

Nach Bratislava

Die Führung der KPC ging Verpflichtungen ein, deren Notwendigkeit von ihr selbst anerkannt wurden. So hatte sich die Delegation der KPC verpflichtet, die politische Leitung der Massenmedien im Geiste des Sozialismus zu sichern. So hatte sich die Delegation der KPC verpflichtet, unverzüglich ein Gesetz zur Unterbindung der antisozialistischen Parteien und Clubs zu verabschieden. So garantierten die Vertreter der KPC in Bratislava den Bruderparteien, in der CSSR werde ein den Interessen der sozialistischen Republik dienender Kurs in Partei- und Staatsführung geschaffen.

Wir alle hatten nach Bratislava aufgeatmet und auf die gegebenen Worte gebaut. Doch die Zeichen einer Wende zur Festigung des Sozialismus blieben aus. Dafür gab es andere Zeichen. Der Antikommunismus überschlug sich. Moralischer und physischer Terror gegen Kommunisten, die sich nicht gegen die Sowjetunion mißbrauchen ließen, gehörten zum Alltag. Im Herzen von Prag wurden Aktionen zur Liquidierung der Volksmiliz organisiert. Bewaffnete

Konterrevolutionäre überfielen schließlich das Gebäude des Sekretariats des ZK der KPČ.

Sollte gewartet werden, bis Kommunisten in Massen massakriert werden, wie es seinerzeit in Ungarn geschah? Es galt, den Sieg der Konterrevolution zu verhindern. Es ging um den Sozialismus in der ČSSR. Es stand die alte Klassenfrage: den Sozialismus schützen oder vor der Konterrevolution kapitulieren. Die fünf Bruderparteien erfüllten ihre proletarische Pflicht. Die Klassenschlacht um die ČSSR mußte gewonnen werden. Da alle politischen Möglichkeiten ausgeschöpft waren, mußten militärische Mittel angewandt werden.

Wir alle haben in den ersten Tagen nach dem 21. August das ganze Ausmaß der konterrevolutionären Wühltätigkeit erlebt und begriffen. Geheimsender, Waffenlager, Pogromhetze und Morddrohungen — das war die Sprache der nun gestellten Konterrevolution.

Wir hören in diesen Tagen häufig das Argument: Das Eingreifen der fünf sozialistischen Staaten hat den fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik und der Welt sehr geschadet.

Selbstverständlich verschließen wir nicht die Augen davor, daß viele Menschen, darunter auch aktive Mitstreiter für Frieden, Demokratie, die Ereignisse in der ČSSR nicht verstehen. Wir wissen, daß es den Meinungsbildungskonzernen in der Bundesrepublik gelungen ist, eine Welle des Antikommunismus zu erzeugen und viele Millionen Menschen entsprechend zu beeinflussen. Wir wissen auch, daß es Schwierigkeiten und Rückschläge gibt. Wir sind überzeugt, daß im Laufe der Zeit diese Schwierigkeiten und Rückschläge überwunden werden. Der Rückschlag für alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik und in der Welt wäre aber ungleich größer gewesen, wenn die sozialistische Ordnung in der ČSSR beseitigt und damit der Frieden in Europa gefährdet worden wäre. So aber erlitt nicht der Sozialismus, sondern der Imperialismus, erlitt die USA-Globalstrategie und der Bonner Revanchismus eine Niederlage.

Dieselben Leute, die an Hitlers Einfall in die Tschechoslowakei beteiligt waren und die sich noch heute weigern, das Münchener Abkommen als Erpressung zu betrachten, fallen heute über die DDR her, weil auch Verbände der Nationalen Volksarmee an den gemeinsamen Vorgängen der fünf sozialistischen Staaten teilnahmen. **Die Wut der herrschenden Kreise hat nur eine Ursache: daß diese Deutschen jetzt entsprechend den wahren Interessen des deutschen Volkes nicht als bewaffnete Faust des deutschen Imperialismus handeln, sondern als Kräfte, die den Frieden und den Sozialismus schützen.**

III

Zu Entwicklungen und Problemen in der CSSR

Vielen Genossen fragen, wie eine solche verhängnisvolle Entwicklung nach 20 Jahren sozialistischen Aufbaus in der ČSSR möglich war. Nach dem Februar 1948, in dem die Arbeiterklasse unter Führung der KPČ durch mächtvolle Aktionen die bürgerlich-reaktionären Kräfte geschlagen und den Weg zum Sozialismus gebahnt hatte, wurden in der ČSSR bedeutende Erfolge auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens errungen. Es wurde eine starke sozialistische Industrie aufgebaut, landwirtschaftliche Genossenschaften wurden

gebildet, den Kindern des werktätigen Volkes wurden die Tore zur Bildung und zu den Hochschulen geöffnet, die materielle und kulturelle Lebhaftung der breiten Volksmassen wurde systematisch gesteigert, die sozialistische Staatsmacht wurde unter aktiver Anteilnahme der Werktätigen ausgebaut. Die KPC als führende Kraft des sozialistischen Aufbaus konnte sich in diesen Jahren Autorität und Vertrauen unter den Massen erwerben. Auch in der Lösung der nationalen Frage, des Zusammenlebens von Tschechen und Slowaken in einem gemeinsamen Staat wurden Erfolge erzielt, die vor allem in der Industrialisierung ehemals rückständiger slowakischer Gebiete zum Ausdruck kam.

Probleme der Staatsmacht und Wirtschaft

Eine Schwächung der sozialistischen Staatsmacht und der Autorität der Partei wurde bereits Mitte der fünfziger Jahre sichtbar, als die Parteiführung — im Unterschied zu den Parteien in anderen sozialistischen Ländern — eine konsequente Überwindung der Fehler, Entstellungen und Ungesetzlichkeiten in der Periode des Personenkults versäumte. Das schuf ein ungesundes Klima in der Partei und wirkte sich verhängnisvoll auf die gesamte spätere Entwicklung aus. Hinzu kam, daß es der Führung der Partei nicht gelang, die herangereiften neuen Prozesse der sozialistischen Gesellschaft entsprechend den Bedingungen im Lande rechtzeitig zu analysieren und die aus der wissenschaftlich-technischen Revolution entstandenen Aufgaben zu lösen.

Ein Zustand der Selbstzufriedenheit, des Sichbegnügens mit einem quantitativen Wachstum der Produktion wurde geduldet, die Parteiführung orientierte nicht rechtzeitig auf eine konsequente Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Methoden der Planung und Leitung der Wirtschaft wurden nicht den neuen Notwendigkeiten angepaßt. So trat eine Verlangsamung in der wirtschaftlichen Entwicklung ein, und der Lebensstandard der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten konnte nicht weiter angehoben werden, ja es gab sogar zeitweilige Rückschläge. Diese Entwicklung schwächte das Vertrauensverhältnis zwischen der Partei und den Werktätigen.

Zugleich wurde wenig getan, um die politische Aktivität der Massen, ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu entwickeln. Die ideologische Arbeit der Partei wurde stark vernachlässigt, ja es wurde geduldet, daß sich auf ideologischem Gebiet, vor allem in der Kunst und Literatur und in den Gesellschaftswissenschaften revisionistische und andere bürgerliche Strömungen breitmachen konnten.

Diese gesamte Entwicklung untergrub das Ansehen der Partei und der sozialistischen Staatsmacht unter den Massen, sie führte zu einer Störung in den Beziehungen zwischen Partei und Volk.

Das Januar-Plenum des ZK der KPC faßte Beschlüsse, die eine Korrektur der Fehler der Vergangenheit einleiten sollten. Aber statt die gesamte Kraft der Partei auf eine sachliche Korrektur der Fehler und auf eine nach vorwärts gerichtete Arbeit zu lenken, und anstatt die Aktivität der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten für diese positiven Aufgaben auf ökonomischem, politischem und kulturellem Gebiet zu mobilisieren, ließ die neue Parteiführung zu, daß eine ausschließlich nach rückwärts gerichtete Fehlerdiskussion entstand, die von allen reaktionären und antisozialistischen Kräften zur Unterhöhlung

der Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht, zur Untergrabung der Führungsrolle der Partei, zur Verbreitung einer nationalistischen und antisowjetischen Hetze ausgenutzt wurde. Mit welchen Folgen, das wurde bereits dargelegt.

Liberalisierung attraktiv für die Reaktion

Wir hören in diesen Tagen des öfteren, auch von Freunden, das Argument: **W** Aber der Entwicklungsweg, der sich mit der Liberalisierung in der CSSR vollzog, war doch so attraktiv für viele Menschen, daß er die Arbeit der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik erleichtert hat.

Ich möchte noch einmal ganz nüchtern feststellen: **D**ie Entwicklung, die sich in der CSSR mit der sogenannten Liberalisierung in Wirklichkeit vollzog, war so „attraktiv“, daß Leute, die in der Bundesrepublik die schwärzeste Reaktion verkörpern — Großindustrielle und Freunde Hitlers wie Abs und Flick, der Altnazi Kiesinger, die Scharfmacher Strauß und Gutenberg — hellweg begeistert waren. Einer ihrer Ideologen, Klaus Mehnert, ehemaliger Mitarbeiter des Nazi-Spionageapparates, der gleiche Mann, der in seinem Buch „Der deutsche Standpunkt“ erklärt, daß Warschau, Prag, Budapest, Bukarest und Sofia einem kapitalistischen Europa einverlebt werden müssen, charakterisierte die Entwicklung, die sich in der CSSR vollzog, im Zweiten Deutschen Fernsehen am 30. März dieses Jahres folgendermaßen: „Wenn sich die Tschechoslowakei auf den Sozialdemokratismus hinbewegt, so ist gar keine Frage, daß es für uns mit einer sozialdemokratischen, wenn auch formell vielleicht immer dann noch kommunistischen Tschechoslowakei, sehr viel leichter zu sprechen sein wird.“

Sollte das nicht schon jedem Bürger der Bundesrepublik, der an Frieden und Sicherheit in Europa interessiert ist, vor allem jedem Arbeiter zu denken geben?

Mit aller Deutlichkeit möchte ich sagen: **N**iemand von uns ist gegen die Korrektur von Fehlern und Mängeln in der CSSR. Wir sind unbedingt für die Vervolkommnung der Leitung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durch die Partei, für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Aber das, was sich in der CSSR unter dem Schlagwort „Liberalisierung“ vollzog, war eben nicht die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, sondern das waren raffinierte und gefährliche Maßnahmen antisozialistischer und konterrevolutionärer Kräfte — unterstützt von einflußreichen Kreisen der Bundesrepublik —, die darauf abzielten, die Überwindung von Fehlern auszunutzen, um den sozialistischen Staat auszuhöhlen, die Macht der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes zu beseitigen und eine bürgerliche Ordnung wiederherzustellen. Wir müssen auch offen sagen, daß den Konterrevolutionären und dem Sozialismus feindlichen Kräften ihr Wirken dadurch erleichtert wurde, daß ein Teil der Führung der KPC von marxistisch-leninistischen Prinzipien abwich.

Ist es nicht kennzeichnend, daß die Zeitung der westdeutschen Hochfinanz, der „Industriekurier“, die Bestrebungen des sogenannten Wirtschaftsreformers Ota Sik, des stellvertretenden Ministerpräsidenten, so charakterisierte, daß an die Stelle sozialistischer Wirtschaftsführung „künftig die private Initiative eines Managements treten (sollte), das ... mindestens mit einem Bein im Lager eines gemäßigten Kapitalismus stehen sollte“! Der „Industriekurier“ schrieb: Siks „Wirtschaftsreform ... hat das Ziel, diesem hochindustrialisierten Land des

Ostblocks, dessen Bindungen an den RGW kaum von heute auf morgen gelöst werden konnten, allmählich Anschluß an die westlichen Industrieländer zu verschaffen.“ („Industriekurier“ vom 5. 9. 1968)

Wohin sollte die „Liberalisierung“ führen?

Wohin sollte diese „Liberalisierung“ führen, von der der Amerikaner Brzesinski, Berater des US-Außenministeriums, in seinem Buch „Alternative zur Teilung“ sagt, daß sie die wünschenswerteste Form des Beginns der Umwandlung der osteuropäischen Staaten sei?

Wer wundert sich dann noch, wenn diese Entwicklung in der CSSR von der Springer-Presse, die jede demokratische Regung in der Bundesrepublik erbittert bekämpft, in den höchsten Tönen gelobt wurde? Daß jedem sozusagen auf die Schultern geklopft wurde, der diese Entwicklung als das Modell der Entwicklung eines sozialistischen Staates empfahl?

Das Ziel der „Liberalisierung“ war das Herausbrechen der CSSR aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, war die Rückkehr zu einer bürgerlichen Ordnung — eine Entwicklung, die den fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik ihre Arbeit nicht erleichtert, sondern unsäglich erschwert hätte.

Was steckt hinter der Lösung vom „demokratischen“ Sozialismus?

Es ist in diesen Tagen eine beliebte Methode der Revisionisten aller Schattierungen, zum Beispiel des Österreicher Ernst Fischer, von einem freiheitlichen Sozialismus zu reden und ihn dem Sozialismus, wie er in der Sowjetunion, in der DDR und anderen sozialistischen Staaten verwirklicht wird, entgegenzustellen.

Für uns Kommunisten bilden Sozialismus, Freiheit und Demokratie in den Staaten sozialistischer Gesellschaftsordnung eine untrennbare Einheit. Für uns steht die Frage so: Keine Freiheit für antisozialistische und konterrevolutionäre Aktivitäten, aber Freiheit für die Werkältigen, Freiheit von Ausbeutung, von sozialer Unterdrückung, von Rückständigkeit und Unwissenheit. Diese Freiheit ist Bestandteil des Sozialismus seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vor 50 Jahren. Diese Freiheit wird in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht, in der sozialistischen Demokratie, die ihren Bürgern alle Voraussetzungen bietet, in ihrem Staat mitzuarbeiten, mitzuplanen, mitzuregieren, ihre Persönlichkeit zu entfalten.

Ist es nicht merkwürdig, daß ausgerechnet sozialdemokratische Führer den sozialistischen Ländern empfehlen, einen demokratischen Sozialismus zu schaffen? Ausgerechnet sozialdemokratische Führer, die dem Sozialismus völlig abgesagt haben, mit deren Hilfe die Notstandsgesetze durchgesetzt und die Demokratie demontiert wurden!

In Fragen der Demokratie ist nichts zu lernen von den Herren des Großkapitals, von einem Herrn Kiesinger beispielsweise, der am 31. Januar 1955 in seiner Rede vor dem CDU-Wirtschaftsrat erklärte: „Soweit es sich um komplizierte Fragen handelt, halte ich die Masse des Volkes nicht für kompetent, mitzuentcheiden.“

Wenn ausgerechnet Vertreter des Großkapitals oder ihre Erfüllungsgehilfen kommen, um einem sozialistischen Land Ratschläge in Fragen Demokratie zu erteilen, dann ist für jeden Arbeiter, für jeden fortschrittlichen Menschen höchste Wachsamkeit geboten.

IV

Die Imperialisten und die Selbstbestimmung

Was steckt eigentlich dahinter, wenn die herrschenden Kreise in Bonn so viel von Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen reden? Wollen wir doch das Kind beim Namen nennen. Wer hat denn mit den Pariser Verträgen Souveränität und Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes den imperialistischen Westmächten preisgegeben? Wenn die amerikanischen Imperialisten auch nur den Gedanken erwägen, vom Boden der Bundesrepublik etwa eine Division abzuziehen, dann fahren die Herren Strauß, Kiesinger und Brandt nach Washington und bitten darum, die Truppen ja zu belassen und legen dafür trotz der vielen Nöte im eigenen Land zwei Milliarden Mark auf den Tisch. Im Munde dieser Leute sind die Worte Nation und Selbstbestimmungsrecht pure Heuchelei. Im Interesse der Sicherung ihrer Profite, ihrer Klassenherrschaft treten sie die Interessen der Nation mit Füßen, unterordnen sie die wirklichen Interessen unserer friedliebenden Bevölkerung der USA-Globalstrategie und unterstützen die USA-Verbrechen in Vietnam und in anderen Teilen der Welt. Wer die scheußlichen Verbrechen des USA-Imperialismus am vietnamesischen Volk, das um seine Selbstbestimmung und Souveränität kämpft, verteidigt, hat jedes Recht verloren, das Wort von der Selbstbestimmung überhaupt in den Mund zu nehmen.

Es wird erklärt, das Eingreifen der fünf sozialistischen Länder sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR, eine Verletzung ihrer Souveränität gewesen. Aber weder die Sowjetunion noch die anderen sozialistischen Länder sind in die CSSR gekommen, um die verfassungsmäßigen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen dieses sozialistischen Staates zu ändern und sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen. Sie sahen sich gezwungen einzutreten, um zu verhindern, daß aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik eine tschechoslowakische kapitalistische Republik wurde, aus dem unabhängigen und souveränen Mitglied des Warschauer Vertrages ein angeblich neutraler, bürgerlich-kapitalistischer Staat, der in Wirklichkeit ein Anhänger der NATO und besonders des westdeutschen Imperialismus geworden wäre.

Echte Unabhängigkeit durch das Bündnis mit der Sowjetunion

Wenn die drei Jahrzehnte, die in diesen Wochen seit dem Münchener Abkommen und seit der Zerstörung der damaligen selbständigen Tschechoslowakei vergangen sind, eines bewiesen haben, so gerade, daß das tschechische und das slowakische Volk ihre nationale Unabhängigkeit, die territoriale Integrität ihres Staates und ihre Souveränität nur im Bündnis und an der Seite der Sowjetunion schützen können. Vom britischen und französischen Imperialismus wurden diese Völker vor dreißig Jahren verkauft und verraten, nur die Sowjetunion stand damals unbeirrbar an ihrer Seite, und nur durch die beispiellosen Opfer

und Anstrengungen der Völker der Sowjetunion im Kampfe gegen den Faschismus konnten Tschechen und Slowaken ihre nationale Selbständigkeit wieder erlangen. Diejenigen in der CSSR, die diese historische Wahrheit vergessen machen wollten, handelten nicht nur gegen die sozialistischen Grundlagen ihres Staates, sie handelten zugleich gegen die nationalen Interessen ihrer Völker. Ohne den Schutz der Staaten des Warschauer Vertrages und vor allem der Sowjetunion gäbe es längst keine souveräne CSSR mehr, wäre sie eine leichte Beute der Revancheansprüche der westdeutschen Imperialisten geworden.

Die Sicherheitsinteressen aller sozialistischen Länder

Die Warschauer Verträge und die zweiseitigen Verträge, die zwischen den sozialistischen Ländern bestehen, erlegen ihnen die Verpflichtung auf, die Sicherheitsinteressen nicht nur ihres eigenen Landes, sondern auch der mit ihnen verbündeten sozialistischen Länder gegen die Aggressionen und die friedensfeindlichen Machenschaften des Imperialismus zu schützen. Diese Verpflichtung ergibt sich auch aus den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus. Die Sowjetunion und andere Vertragspartner des Warschauer Paktes konnten deshalb nicht tatenlos hinnehmen, daß ein sozialistisches Land, das unmittelbar an den Grenzen zur Bundesrepublik, dem größten und am stärksten gerüsteten NATO-Staat auf dem europäischen Kontinent und der größten Atomwaffenbasis der USA, liegt, aus dem Warschauer Pakt herausgebrochen wurde. **Das war eine Gefahr für alle sozialistischen Staaten, sie berührte das Sicherheitsinteresse aller sozialistischen Länder, und nicht nur die Interessen der CSSR.**

Man muß betonen, daß die im Rahmen des Warschauer Vertrages oder durch zweiseitige Abkommen getroffenen Vereinbarungen über die gemeinsame militärische Verteidigung keineswegs eine Verletzung der Souveränität einzelner sozialistischer Länder darstellen. So lange die in der NATO zusammengeschlossenen kapitalistischen Länder, an ihrer Spitze die USA und die Bundesrepublik sich weigern, ernste Schritte auf dem Wege zur Abrüstung oder zu einem kollektiven europäischen Sicherheitssystem zu gehen, so lange sind die Stärkung des Warschauer Vertrages und der gemeinsame Schutz der Sicherheit der sozialistischen Länder ein elementares Lebensinteresse dieser Länder, das sie angeht, der fast überall in den westeuropäischen Ländern vorhandenen USA-Stützpunkte der USA-Truppen nur **gemeinsam** wahrnehmen können. Diese internationale Verpflichtung widerspricht keineswegs den nationalen Interessen der einzelnen sozialistischen Länder, sie ist vielmehr die einzige reale Möglichkeit, diese nationalen Interessen zu verteidigen. Lenin ordnete die nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit stets ein in das Gesamtinteresse der internationalen Arbeiterklasse und der antiimperialistischen Kräfte der ganzen Welt.

Nur wer eine beschränkt nationalistische oder das besondere nationale Interesse in fataler Weise überschätzende Haltung einnimmt, kann in der gegebenen Weltpolitischen und europäischen Situation erkennen, daß die nationalen Grundinteressen der einzelnen sozialistischen Länder heute niemals gegeneinander oder isoliert voneinander, sondern nur miteinander und vor allem gemeinsam mit der Sowjetunion verteidigt werden können.

Niemand, der die Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg objektiv beurteilt, kann übersiehen, daß es in erster Linie die militärische Macht der Sowjetunion,

die ihre Völker unter großen Opfern geschaffen haben, war und ist, die die Unabhängigkeit und die Existenz aller sozialistischen Länder vor der Aggression des Imperialismus geschützt hat.

Die nationale Absonderung schwächt Sozialismus

Die Grundsätze des proletarischen Internationalismus, die sich in mehr als 120 Jahren des Klassenkampfes herausgebildet und in der Jahrzehntelangen Praxis der marxistisch-leninistischen Parteien bewährt haben, können nur dann richtig auf die gegenwärtige Lage in **der Welt und auf die heutigen Probleme des Klassenkampfes** angewandt werden, wenn man **das Gesamtinteresse des sozialistischen Weltsystems, der internationalen kommunistischen Bewegung und der antikolonialistischen Kräfte als das Wichtigste im Auge behält**. Unsere Partei hat wiederholt darauf hingewiesen, wie schädlich sich jedes Abweichen von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus auf die internationale Arbeiterbewegung auswirken muß. Wir haben den chauvinistischen und antisowjetischen Kurs der Gruppe um Mao Tse-tung in China entschieden verurteilt, weil er die Kräfte des Sozialismus und des antikolonialistischen Kampfes schwächt und weil er insbesondere die Lage und den heldenmütigen Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Aggression außerordentlich erschwert.

Wir müssen aber auch ganz offen aussprechen, daß die Politik der nationalen Absonderung, der Schwächung der Bindungen zu den übrigen sozialistischen Ländern, der Überbetonung der eigenen nationalen Besonderheiten und Methoden, keineswegs im Interesse der Stärkung des Sozialismus und der sozialistischen Völkergemeinschaft liegt. Dieser Kurs bietet im Gegenteil den Imperialisten ein wachsendes Manövriertorfeld, die sozialistischen Länder gegeneinander auszuspielen, er schwächt ihr gemeinsames Vorgehen in der internationalen Politik. Dieser Kurs erschwert und verlangsamt den Ausbau und die Vervollkommnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und schwächt somit die Anstrengungen des sozialistischen Weltsystems im ökonomischen Wettbewerb mit dem Imperialismus.

Gerade auf diese Tendenz der nationalen Absonderung, der Lockerung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bindungen zu den anderen sozialistischen Staaten und insbesondere zur Sowjetunion setzten die Imperialisten bei den Ereignissen in der CSSR ihre größte Hoffnung. Sie spekulierten darauf, daß es gelingen werde, diese nationalistische Tendenz bis hinein in die Führung der KPC durchzusetzen.

Die Gefahr des Nationalismus, der nationalen Absonderung und Isolierung ist heute die Hauptgefahr in der sozialistischen Staatengemeinschaft und in der Internationalen kommunistischen Bewegung. Diese Tendenz widerspricht nicht nur den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, der ein unabdingbarer Bestandteil der Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus ist, sondern sie schwächt auch unmittelbar die Entfaltung und Wirksamkeit der sozialistischen und antikolonialistischen Kräfte. Sie ist besonders gefährlich angesichts der USA-Aggression gegen das vietnamesische Volk und angesichts der Bestrebungen des deutschen Imperialismus, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen.

Wir haben deshalb bereits in unserem Programmentwurf die Gefährlichkeit nationalistischer Tendenzen betont und die Notwendigkeit hervorgehoben, die

Zusammenarbeit der sozialistischen Länder und der kommunistischen und Arbeiterparteien zu verstärken, die Beziehungen und das gemeinsame Handeln im Geiste des proletarischen Internationalismus überall und an allen Abschnitten des antiimperialistischen Kampfes fester zu gestalten.

Vom Gesamtinteresse des Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung ausgehen

Einige der Bruderpartenen in Westeuropa haben im Unterschied zu unserer Partei Kritik geübt an dem militärischen Eingreifen der fünf Staaten des Warschauer Vertrages in der CSSR. Wir meinen, daß die Haltung dieser Bruderpartenen von einer falschen Einschätzung der Entwicklung in der CSSR ausgeht, daß sie auf einer Unterschätzung des Ernstes und des Ausmaßes der konterrevolutionären Gefahr in der CSSR beruht. Zugleich kommt darin auch eine Unterschätzung der aggressiven imperialistischen Bestrebungen, des Zusammenspiels zwischen den von außen wirkenden imperialistischen Kräften mit der antisozialistischen Reaktion im Innern der CSSR zum Ausdruck.

Wir halten es für falsch, wenn in Grundfragen der internationalen Arbeiterbewegung, wo es um das Sicherheitsinteresse aller sozialistischen Länder und um die Verteidigung des Sozialismus in einem dieser Länder geht, die Haltung einer Bruderpartei nicht vom Gesamtinteresse des Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung bestimmt wird, sondern von taktischen Rücksichten auf bestimmte Entwicklungen und auf die Bündnispolitik im eigenen Lande. Noch verhängnisvoller wäre es, wenn marxistisch-leninistische Parteien ihre grundsätzlichen internationalistischen Positionen aufgeben und sich dem Druck des Antikommunismus beugen würden.

Es kann sich sehr wohl ergeben, daß in solch komplizierten internationalen Situationen, in denen die sozialistischen Länder zu unpopulären Schritten gezwungen sind, die außerdem noch durch die Meinungsmaschine in den kapitalistischen Ländern in niedertäglicher Weise verfälscht wurden, in dem einen oder anderen Lande zeitweilig Rückschläge für die kommunistischen Parteien eintreten können. Der Schaden aber, der für den Sozialismus in Europa und für die gesamte kommunistische Bewegung entstanden wäre, wenn die Imperialisten die CSSR aus der sozialistischen Gemeinschaft herausgebrochen hätten, wäre unermeßlich größer gewesen. Als Marxisten-Leninisten können wir die Ereignisse in der CSSR und das Eingreifen der sozialistischen Länder nur vom Gesamtinteresse des sozialistischen Weltsystems und der internationalen kommunistischen Bewegung her richtig bewerten.

Die unterschiedliche Einschätzung dieser Ereignisse durch Bruderpartenen unterstreicht die Notwendigkeit, alle Anstrengungen zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien zu verstärken und den Tendenzen der nationalen Absonderung und der Zersplitterung der Kräfte entgegenzuwirken. Nur im Zusammenschluß der Kräfte, in der gemeinsamen Aktion gegen den Imperialismus liegt unsere Stärke. Wir sind der Meinung, daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten diesen Zusammenschluß im antiimperialistischen Kampf nicht hindern dürfen. Unsere Partei wird ihre bei den vorbereitenden Beratungen in Budapest begonnenen Bemühungen zur Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung im Geiste des pro-

letarischen Internationalismus verstkt fortführen. Wir halten aber den Vorschlag für falsch, eine westeuropäische Beratung der kommunistischen Parteien oder irgendeine andere Sonderberatung von Parteien uber die Fragen der Entwicklung in der CSSR abzuhalten. Wir meinen, df die weitere Entwicklung in der CSSR von der Verwirklichung der in Cierna nad Tisou, Bratislava und im Moskauer Kommuniqué getroffenen Vereinbarungen abhängt.

V

Die Moskauer Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und der CSSR

In den Vereinbarungen von Moskau zwischen den Partei- und Staatsfhrungen der Sowjetunion und der CSSR kommt der Wille zum Ausdruck, gemeinsam alle Fragen und Probleme zu lösen, die sowohl die CSSR als auch die anderen Mitglieder der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten angehen. Die Moskauer Vereinbarungen sind ein wichtiger Schritt zur Sicherung des Friedens, zur Festigung und Stärkung der Gemeinschaft der sozialistischen Länder. Mit diesen Vereinbarungen haben die Hoffnungen der internationalen Reaktion, die Sowjetunion und die CSSR entzweien zu können, die Tschechoslowakei in einem Zustand der Spannung zu halten und Teile der Bevölkerung gegen führende Persönlichkeiten der KPC aufzuhetzen zu können, einen schweren Rückschlag erhalten.

Es ist von großer Bedeutung, df im Kommuniqué uber das Ergebnis der Verhandlungen hervorgehoben wird, df es darauf ankommt, die in Cierna nad Tisou gemeinsam gefaßten Beschlüsse und die auf der Beratung in Bratislava formulierten Leitsze und Prinzipien zu verwirklichen sowie die praktischen Schritte, die sich aus der bei den Verhandlungen erzielten Ubereinkunft ergeben, konsequent in die Tat umzusetzen. Eine energische Verwirklichung dieser wichtigen Beschlüsse von Cierna und Bratislava hätte der Konterrevolution früher Einhalt gebieten können. Aber sie wurden in der CSSR nicht durchgeführt. Jetzt sind bessere Voraussetzungen dafür gegeben, df sie ins Leben umgesetzt werden.

Es geht, wie auch das Politbüro unserer Partei in seiner Stellungnahme zum Ergebnis der sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen von Moskau festgestellt hat, um die Durchführung der Beschlse von Cierna und Bratislava, um die Festigung der sozialistischen Ordnung, um die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der CSSR, ausgehend von den Beschlsen des Januar- und Mai-Plenums des ZK der KPC. Es geht darum, die konterrevolutionären Kräfte zurückzuwerfen und nicht darum, zur Vergangenheit zurfckzukehren.

Wir haben keine Illusionen. Die Lage in der CSSR ist kompliziert. Die Kräfte der in- und ausländischen Reaktion haben tiefe ideologische Einbrüche sowohl in der Bevölkerung als auch in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei erzielt. Die konterrevolutionären Kräfte haben noch nicht aufgesteckt, die internationale Reaktion setzt ihre Unterstützung für diese Kräfte fort. Mit Sorge sehen wir, df man vielerorts in der CSSR zögert, dem Volk die ganze Wahrheit zu sagen, die konterrevolutionäre Verschwrung in ihrer ganzen

Gefährlichkeit schonungslos aufzudecken, die Gefährlichkeit ihres Komplicen, des westdeutschen Imperialismus, darzulegen. Unsere tschechoslowakischen Genossen stehen am Anfang eines langen und schwierigen Weges der Verwirklichung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei, der Festigung der sozialistischen Staatsmacht, der ideologischen Klärung. Im Wirken für diese Aufgaben finden unsere Genossen in der CSSR unsere volle Solidarität.

Neue Lügen und Verwirrungsmanöver

Zu den großen Verwirrungsmanövern, die in holder Einmütigkeit von de Gaulle über Strauß bis zu Mao Tse-tung und den Trotzkisten durchgeführt werden, gehört auch das Märchen, die USA und die Sowjetunion hätten sich die Welt in Interessensphären aufgeteilt und ein Stillhalteabkommen miteinander ver einbart.

Die Wahrheit aber ist: Die USA und die Sowjetunion sind die Hauptgegner im weltweiten Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus. Es gibt keinen Erdteil, kein Land der Welt, wo sich nicht zeigt, wie die USA Reaktion und Konterrevolution verteidigt oder exportiert, während die Sowjetunion den Fortschritt, den Freiheitskampf der Völker unterstützt. Ob in Vietnam, im Nahen Osten, in Lateinamerika oder in Europa, die Sowjetunion setzt stets alle Mittel ein, diplomatisch-politische, ökonomische und wenn erforderlich auch militärische, um den kämpfenden Volksmassen gegen den Weltgendarm Nummer eins, den USA-Imperialismus und gegen die Imperialisten überhaupt beizustehen.

Unsere erhöhte Verantwortung

Der antikommunistische Hassfeldzug, den die herrschenden Kreise im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR schüren, und die Verwirrung, die er in breiten Schichten der Bevölkerung angerichtet hat, erhöhen die Verantwortung unserer Parteiführung und der gesamten Partei für die weitere Entwicklung in unserem Lande.

Der deutsche Imperialismus, der geglaubt hatte, mit seiner „neuen Ostpolitik“ seine Expansionsziele zu verwirklichen, hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Es gibt für ihn keinerlei Chancen, weder frontal noch auf Umwegen, seine Ziele zu realisieren. Aber, Genossen, das heißt nicht, daß er auf die Realisierung seiner Revanchepolitik verzichtet. Besonders der Flügel der westdeutschen Imperialisten, der am abenteuerlichsten ist, wie die Gruppe um Strauß und Guttenberg, will sich mit den Realitäten nicht abfinden, und Kiesinger hat offen verkündet, daß sie den Status quo in Europa verändern wollen. Was heißt das? Das heißt, der Kurs auf Expansion, auf weitere Rüstung, auf Gewaltanwendung wird verschärft fortgesetzt. Um aber einen solchen Weg weiterzugehen, wird von den reaktionären Kräften — darüber müssen wir uns im klaren sein — der Antikommunismus als das Hauptmittel der ideologischen Zersetzung der Massen und der psychologischen Vorbereitung des Krieges verschärft fortgesetzt. **Daraus die Schlußfolgerung für uns:**

Der Kampf um das Bewußtsein der Massen, insbesondere der Arbeiterklasse, ist für unsere gesamte Partei die vorrangigste Aufgabe.

Fest an der Seite der Sowjetunion stehen!

Of t wird in unserer Bevölkerung, besonders unter der Jugend, die Frage gestellt: Wie war es möglich, daß die große Mehrheit unseres Volkes Hitler folgte bis in den Krieg und in das Verderben? Jetzt sehen wir mit unseren eigenen Augen, wie die Menschen manipuliert werden können, um erneut gegen ihre eigenen friedlichen, demokratischen und nationalen Interessen zu handeln, wie sie zu Opfern gemacht werden können für eine Politik, die erneut zu Krieg und Verderben führt.

Die Imperialisten haben ihre ganze Meinungsmaschinerie darauf orientiert, die Arbeiter in den Antikommunismus mit einzubeziehen, in die Klassenfront der Imperialisten einzureihen. Damit ist die Frage für die gesamte Arbeiterklasse der Bundesrepublik aufgeworfen: An welcher Seite muß die Arbeiterklasse, muß jeder klassenbewußte Arbeiter stehen?

Die ganze imperialistische Propaganda ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse daran zu hindern, den Freund vom Feind zu unterscheiden. Die Arbeiterklasse kann in keiner Situation an der Seite der Ausbeuter, an der Seite der Großkapitalisten, der Großmachtpolitiker, an der Seite derer stehen, die den Arbeitern im eigenen Land alles verwehren, was auch nur in die Richtung von Demokratie und Fortschritt zielt. Die Arbeiterklasse muß sich im eigenen Land zusammenfinden und sich stets mit all den Kräften in der Welt verbinden, die gegen Imperialismus und Krieg kämpfen, die für Demokratie und Sozialismus eintreten.

Im weltweiten Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus kann die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik wie in jedem anderen kapitalistischen Land nur erfolgreich für die eigenen Interessen kämpfen, wenn sie sich in jeder Klassenauseinandersetzung fest an die Seite der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten stellt.

Unser Vertrauen zur Sowjetunion und ihrer Kommunistischen Partei beruht darauf, daß sie das Land, die Partei der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist. Die Völker der Sowjetunion und ihre Kommunistische Partei haben in den fünfzig Jahren, die diesem welthistorischen Ereignis folgten, bewiesen, daß sie bereit sind, alles zu tun für die Überwindung der Macht des Imperialismus, für die Unterstützung des weltweiten Kampfes der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes für Demokratie und Sozialismus, für die Beseitung der Kolonialherrschaft und die Unterstützung aller Völker, die um ihre Freiheit ringen. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist und bleibt die erfahrene und zuverlässigste Kraft in der internationalen und kommunistischen Arbeiterbewegung.

Lenin stellte nie die Frage von Freiheit und Demokratie abstrakt, losgelöst von den Klassen und Klassenkämpfen, er stellte sie stets als eine Klassenfrage. Freiheit für wen? Freiheit wofür? Freiheit wovon? Lenin machte klar, daß die Lösung von Freiheit und Demokratie von der Großbourgeoisie immer dann verkündet wurde, wenn es galt, ihre Herrschaft zu retten oder wiederzuerrichten. In seiner Arbeit über „Die Rolle der reinen Demokratie“ schrieb Lenin,

daß die Großbourgeoisie als Lehre aus allen Revolutionen gezogen habe, „daß die kleinbürgerliche Demokratie unfähig ist, die Macht zu behaupten und immer nur als Deckmantel für die Diktatur der Bourgeoisie, nur als Stufe zur Alleinherrschaft der Bourgeoisie dient“.

VI

Das wahre Kräfteverhältnis und unsere Gesamtstrategie

Der Kampf der Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten und ihrer Verbündeten zur Veränderung der Gesellschaftsordnung, zum Kampf um eine reale Demokratie und für gesellschaftlichen Fortschritt, befindet sich trotz großer Komplikationen und bei nicht gleichmäßigem Tempo in der Periode des Aufschwungs. Trotz dieses veränderten Kräfteverhältnisses wäre es vollkommen undialektisch, davon auszugehen, daß es dem Imperialismus nicht gelingen könnte, da und dort Positionen der Arbeiterbewegung, auch der kommunistischen und Arbeiterparteien, zu berennen.

Der Vormarsch des Sozialismus im Weltmaßstab vollzieht sich nicht auf einer glatten Einbahnstraße und kann sich auch nicht in allen Teilen der Welt gleichmäßig vollziehen. Es wäre aber für eine marxistisch-leninistische Partei abwegig, aus solchen Erscheinungen falsche Schlußfolgerungen zu ziehen, in bezug auf das Kräfteverhältnis, in bezug auf die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, in bezug auf die Gesamtstrategie unserer Bewegung im Kampf gegen Imperialismus, für Demokratie und Sozialismus.

Fragen des Kampfes für den Frieden

Gehen wir also von der Grundfrage aus: Krieg und Frieden. Die Menschen unseres Landes sind an der Sicherung des Friedens interessiert. Sie sind interessiert an der Sicherheit in Europa, weil es für jeden denkenden Menschen klar ist, daß ein militärischer Zusammenstoß die Vernichtung unseres Landes bedeuten würde. Aber das Interesse des Volkes ist die eine Seite und das Machtstreben der imperialistischen Bourgeoisie ist eine andere Seite. Der Imperialismus und Revanchismus macht doch überhaupt keinen Hehl mehr daraus, daß er den Status quo in Europa verändern will, daß er aus diesem Grunde die Nachkriegsgrenzen nicht anerkennt und den Alleinvertretungsanspruch aufrechterhält mit dem Ziel, die Deutsche Demokratische Republik zu beseitigen. Wenn die imperialistischen Kreise mit Schwüren beteuern, daß sie das alles aber nur auf friedlichem Wege wollen, so liegt die größte Täuschung und Irreführung unserer Menschen. Vom Frieden reden und den Krieg vorbereiten, das war immer die Devise des deutschen Imperialismus. So war es unter Wilhelm II., in der Weimarer Republik unter Stresemann, so war es unter Hitler und so ist es unter Strauß und Kiesinger.

Die aggressiven Kreise des westdeutschen Imperialismus, insbesondere die Teile des Monopolkapitals, die jetzt den Kurs auf Rüstung, Raketenbau, Weltraumforschung für Kriegszwecke, die Ausnutzung der modernen Chemie für das Kriegspotential betreiben, gehen verstärkt davon aus, gemeinsame Sache mit dem aggressiven USA-Imperialismus zu machen. Kennzeichnend dafür ist, daß gerade in der jetzigen Situation der Repräsentant dieser Kräfte, der Bundestagsabgeordnete Birrenbach von der CDU und einer der schärfsten Befürworter des Rüstungskurses in der SPD-Führung, Helmut Schmidt, in die USA fahren,

um mit den dortigen herrschenden Imperialisten über die Notwendigkeit der Verstärkung der NATO, der Erweiterung des Bestandes von Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik, der Verstärkung des Truppenkontingents und der Torpedierung des Atomwaffensperrvertrages Beratungen durchzuführen.

Die damit verbundene Taktik charakterisierte der „Rheinische Merkur“ am 13. September 1968 mit den Worten: „Es kann nur vorteilhaft sein, wenn amerikanische Politiker von zwei Seiten die gleichen Fragen hören.“

Da die herrschenden Kreise der Bundesrepublik nun selbst die Erfahrung machen mußten, daß sie weder mit der Politik des Frontalangriffs gegen die sozialistischen Länder durchkommen konnten, und daß auch ihre sogenannte Ostpolitik, auf Um- und Schleichwegen den Status quo zu verändern, gescheitert ist, ziehen sie daraus die Schlußfolgerung, den Kurs auf Aggression noch weiter zu verschärfen.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik tun alles, um die Ereignisse in der CSSR für ihre Pläne, für die Forcierung des kalten Krieges zu nutzen. Sie lassen ihren ganzen Propagandaapparat spielen, um eine Kriegsfurcht in der Bundesrepublik zu erzeugen. Sie malen, wie Hitler, das Schreckgespenst einer sowjetischen Bedrohung an die Wand, obwohl sie genau wissen, daß die Sicherheit der Bundesrepublik durch keinen sozialistischen Staat gefährdet ist, daß das Ziel der sozialistischen Staaten die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa ist.

Die Regierung Kiesinger, die ihre Politik darauf abgestellt hat, den Status quo in Europa zu ändern, unterstellt gegen alle Tatsachen der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten die Absicht, die Grenzen in Europa zu verschieben.

Sie hoffen, daß es mit Täuschung und Demagogie, mit Verschärfung der Hetze und des kalten Krieges möglich ist, ihre Rüstungsziele, den Griff nach Atomwaffen schneller durchsetzen zu können und bei ihren Verbündeten Zugeständnisse in dieser Frage zu erreichen. Sie wollen unsere Bevölkerung dazu bringen, im Interesse der Rüstung den Riemen noch enger zu schnallen.

Die Neuordnungspläne von Strauß

Der Scharfmacher Strauß hat in seinem jüngsten Buch „Herausforderung und Antwort, ein Programm für Europa“ deutlich gemacht, um was es unter anderem den Imperialisten der Bundesrepublik geht. Für sie ist, wie Strauß offen sagte, der Status quo in Europa einfach unerträglich. Es geht um die Neuordnung Europas in ihrem Sinne. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik wollen das Potential Westeuropas in ihre Hände bekommen. Eine westeuropäische „Verteidigungsgemeinschaft“ mit ständiger politischer Exekutivbehörde, mit Stäben für operative Truppenführung und für Koordinierung der Rüstungsproduktion, mit einer gemeinsamen Atomstreitmacht, soll geschaffen werden und unter ihrer Führung stehen. Dieses so organisierte Westeuropa soll die herrschenden Kreise der Bundesrepublik in die Lage versetzen, die „Deukung Amerikas“ zu behalten, und zugleich größere Handlungsfreiheit zur Veränderung des Status quo in Europa, zur Rückgängigmachung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu erlangen.

Darin besteht die ganze Gefährlichkeit der Lage in Europa und vor allem für die Bevölkerung der Bundesrepublik und sie besteht nicht in der Anwesenheit von sowjetischen Truppen und deren Verbündeten in der CSSR.

Sozialdemokratische Führer und die Machtpolitik des deutschen Imperialismus

Ich möchte mich jetzt mit einigen Fragen der rechtssozialdemokratischen Theorie und Praxis befassen. Dabei halte ich mich streng an die Methode Lenins, der den Opportunismus in der Arbeiterbewegung stets in Verbindung mit der Frage des Imperialismus darstellte. Es geht mir dabei nicht um eine breite geschichtliche Darlegung dieses Problems, sondern um die Klarlegung der gegenwärtigen Stellung sozialdemokratischer Führer im Rahmen der Machtpolitik des deutschen Imperialismus innerhalb der Bundesrepublik und deren Expansionstreben nach außen. Beides ist untrennbar miteinander verbunden.

Der Vorsitzende der SPD und Außenminister im Kabinett Kiesinger/Strauß, Willy Brandt, war in Genf auf der Konferenz nichtatomarer Staaten. Er hielt dort eine Rede mit einem Übermaß an Worten von Frieden, Völkerverständigung, von den besten Absichten der Regierenden in Bonn, von der Notwendigkeit einer Friedensordnung in Europa und prägte sogar den Satz, wie gefährlich es sei, daß in Mitteleuropa die Waffen in einem solch riesigen Ausmaß angehäuft seien. Aber nimmt man das Resümee der gesamten Rede, faßt man den Extrakt zusammen, so ergibt sich folgendes: Brandt verteidigte die Position von Strauß, Guttenberg und Schröder, daß die Bundesregierung den Atomwaffensperrvertrag in absehbarer Zeit nicht unterschreiben werde. Und was die Vorstellungen von einer „Friedensordnung in Europa“ anbetrifft, so unterscheiden sich die Vorstellungen von Brandt im Wesen nicht von den Vorstellungen und Zielen, die Franz Josef Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“ entwickelt hat. Seine „Friedensordnung“ in Europa beinhaltet die Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen, die Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs, die Liquidierung der DDR, kurzum die Fortführung einer Politik, die eine ständige Friedensgefährdung in Europa ist und die die Moskauer „Prawda“ mit Recht als eine Kriegserklärung gekennzeichnet hat.

Wie unaufrichtig die Friedensbeteuerungen von Brandt sind, das zeigt sich darin, daß die Regierung, deren Außenminister er ist, jeden Vorschlag auf Rüstungsbegrenzung in beiden deutschen Staaten, jeden Vorschlag auf ein Verbot von Atomwaffen auf deutschem Boden, jeden Vorschlag auf eine zu verbindbare Beschränkung der Truppenstärke ablehnt und warum die Regierung der Bundesrepublik sich weigert, ein völkerrechtlich gültiges Abkommen mit der Regierung der DDR über Gewaltverzicht zu akzeptieren. Es ist doch nichts anderes, als den Menschen Sand in die Augen zu streuen, wenn man einerseits von den riesigen Gefahren spricht, die mit der Aufstockung der Rüstung in Mitteleuropa verbunden sind und andererseits alles ablehnt, was diesen Rüstungsberg abbauen könnte.

Wie läßt sich diese Haltung der sozialdemokratischen Führungsspitze erklären?

Es muß doch jeden Sozialdemokraten, Gewerkschafter, jeden Arbeiter bedenklich stimmen, daß immer dann, wenn die deutsche Großbourgeoisie in Schwierigkeiten gekommen ist, wenn ihre Politik Widerstand in der Arbeiterklasse,

unter den Werktägern fand, sie stets sozialdemokratische Führer in die Regierung nahm, um das werktätige Volk an die Politik des Großkapitals zu binden.

Die sozialdemokratischen Führer, die sich in den letzten Wochen so begeistert für einen „demokratischen Sozialismus“ in der CSSR erwärmt haben, haben in Wirklichkeit nicht nur die sozialistischen Ziele, sondern jede selbständige Arbeiterpolitik, ja sogar das Streben nach elementaren demokratischen und sozialen Reformen aufgegeben. Aus dem programmatischen Dokument, das dem Nürnberger Parteitag vorlag, war sogar das Wort „Sozialismus“ entfernt.

Wenn Willy Brandt erklärte, die SPD-Minister beteiligen sich darum an der Großen Koalition, weil sie an einer gesunden CDU interessiert seien, so muß sich doch jeder sozialdemokratische Genosse, jeder Gewerkschafter, jeder Arbeiter folgendes überlegen:

Was entspricht den Interessen der deutschen Arbeiterbewegung — eine gesunde CDU, eine gesunde Partei des Monopolkapitals oder eine gesunde Arbeiterbewegung, die von Ihren ureigensten Interessen ausgeht und danach handelt? Wir Kommunisten gehen davon aus und halten unbeirrbar an der Politik fest, die in unserem Programmfragment niedergelegt ist: gemeinsam mit den sozialdemokratischen Genossen darum zu ringen, daß im Kampf um gemeinsame Forderungen auch eine Veränderung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei herbeigeführt wird.

Die Arbeiterklasse zu neuen Klassenerkenntnissen führen

Es ist erforderlich, daß wir gerade in der jetzigen Lage vor der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik einige Grundfragen zur Veränderung des Bewußtseins der Arbeiterklasse ernsthaft, gründlich und allseitig diskutieren müssen. Dazu sind wir als Marxisten-Leninisten verpflichtet, wenn wir die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik zu neuen Klassenerkenntnissen, auf dem Weg des Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus hinführen wollen.

Welch unermeßlichen Schaden hat doch die Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Führung der deutschen Arbeiterklasse zugefügt. Alle Niederlagen und Rückschläge der deutschen Arbeiterbewegung — 1914, 1918, 1933 und auch nach 1945 — sind das Ergebnis dieser verhängnisvollen Politik der Zusammenarbeit und Unterwerfung unter das Großkapital.

Je größer der Einfluß der von den sozialdemokratischen Führern in die Arbeiterklasse getragenen bürgerlichen Ideologie ist, umso stärker sind die Fesseln, die die Arbeiter daran hindern, für ihre eigenen selbständigen Interessen zu kämpfen.

In keinem Land der Erde hat die sozialdemokratische Politik zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung geführt — und selbst da, wo Sozialdemokraten an die Regierung kamen oder an der Regierung beteiligt wurden — wie z. B. in Schweden, England, Österreich und in der Weimarer Republik — wurde am kapitalistischen System nichts verändert.

Die Beteiligung sozialdemokratischer Minister an bürgerlichen Regierungen führten weder in Deutschland noch in irgendeinem anderen Land der Welt zu dauerhaften Erfolgen für die Arbeiterklasse. Umgekehrt: Der Oppor-

tunismus führte letzten Endes zur Schwächung der Arbeiterbewegung und aus der vorübergehenden Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Minister zog immer das Monopolkapital den Nutzen. Heute zeigen zwei Jahre Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Minister, daß die Reaktion und der Neonazismus einen gefährlichen Auftrieb erhalten haben. Das erkennen auch eine Reihe von Sozialdemokraten. Es ist unsere Aufgabe, ihnen und allen Arbeitern die tiefen ideologischen Ursachen dafür zu erklären.

Die Geschichte hat andererseits bewiesen, daß der Weg der Marxisten-Leninisten in einigen Jahrzehnten dahin führte, daß auf einem Drittel der Erde die kapitalistische Ausbeuterherrschaft beseitigt wurde, die sozialistische Herrschaft entstand. Keine Macht der Welt ist imstande, diese Entwicklung rückgängig zu machen. Umgekehrt: Der Sozialismus bestimmt immer mehr den Gang der Weltgeschichte. Die Geschichte hat bewiesen, daß der Sozialismus nur auf dem Wege des Marxismus-Leninismus errungen und aufgebaut werden kann.

Im gemeinsamen Kampf die Zusammenarbeit suchen und festigen

Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, daß die prinzipiellen Ausführungen, die ich hier zur Rolle der sozialdemokratischen Führung mache, Brandt, Wehner und andere sozialdemokratische Führer veranlassen werden, das alte Märchen aufzutischen, die Kommunisten würden in der SPD ihren Hauptfeind sehen und die Massen der Sozialdemokraten mit jenen Führern gleichsetzen, die gemeinsame Sache mit dem Monopolkapital machen. Weit gefehlt! Eine solche Auffassungen haben wir nie vertreten und werden wir nie vertreten. Ja, noch mehr. Gerade jetzt in dieser Situation müssen unsere Genossen, muß unsere ganze Partei verstehen, daß ein engherziges, sektiererisches Verhältnis zu den Massen der Sozialdemokraten ein grundlegender Fehler wäre.

Wir geben uns alle Mühe, damit das Ringen um Klarheit in einer Atmosphäre der Kameradschaftlichkeit, der sachlichen Diskussion mit den sozialdemokratischen Genossen geführt wird. Nichts wird uns davon abhalten, im gemeinsamen Kampf für die gemeinsamen Interessen die Zusammenarbeit zu suchen und zu festigen. Maßstab für das Verhalten von Kommunisten zu Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und allen Arbeitern ist immer das gemeinsame Klasseninteresse. Aber gerade dieses Klasseninteresse erfordert das Ringen um Klarheit.

Die ideologische Arbeit verstärken

Die Ereignisse in der CSSR und ihre Wirkung auf die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik und in der internationalen Arbeiterbewegung verpflichten uns zu einer verstärkten ideologischen Arbeit in der Auseinandersetzung mit dem Rechts- und Linksopportunismus.

Die revisionistischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung finden gegenwärtig vor allem ihren Ausdruck in kleinbürgerlich-nationalistischen Auffassungen, in der Überbetonung der nationalen Besonderheiten und der nationalen Autonomie der Parteien. Sie äußern sich in der Unterschätzung der Gefahren, die sich aus der Globalstrategie des Imperialismus und insbesondere aus den verfeinerten, raffinierten imperialistischen Methoden der Unterminierung und ideologischen Aufweichung in den sozialistischen Ländern ergeben. Sie äußern sich ferner in der Negierung oder Unterschätzung von Tendenzen der Verschärfung des Klas-

senkampfes und vor allem des Kampfes auf ideologischem Gebiet sowie in unmarxistischen und illusionären Auffassungen in den Fragen der Demokratie und des Staates, die von ihrem Klasseninhalt und vom Prozeß des Klassenkampfes losgelöst werden.

Zugleich müssen wir beachten, daß gegenwärtig im Kampf gegen uns unter demagogischen Schlagworten wie „Gegen den Stalinismus“, „Gegen den bürokratischen Sozialismus“ sich Rechts- und Linksopportunisten treffen. In jüngster Zeit tritt hierbei die trotzkistische Strömung stärker und offener hervor. In der Auseinandersetzung mit ihnen müssen wir vor allem nachweisen, daß ihr Antisowjetismus immer und überall nur der imperialistischen Reaktion dient, daß alle Erfolge, die die internationale Arbeiterbewegung und die anti-imperialistische Befreiungsbewegung in den mehr als 50 Jahren seit der Oktoberrevolution errungen haben, nicht auf irgendeinem ausgeklügelten Sozialismus, nicht auf einem „dritten Weg“ beruhen, sondern nur dank der Existenz und der Macht der Sowjetunion errungen werden konnten, dank der Entwicklung und der Stärke des sozialistischen Weltsystems, dank der revolutionären Theorie und Praxis und unter Führung der marxistisch-leninistischen Parteien. Der in den Lösungen abgewandelte Antisowjetismus der Antiautoritären und Trotzkisten ist ebenso wie die gesamte Theorie und Praxis der Gruppe um Mao-Tse-tung eine Hilfe für den Imperialismus. Sie schaden den sozialistischen und demokratischen Kräften in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzung mit ihnen ist eine wichtige Aufgabe unseres ideologischen Kampfes.

VIII

Die Gewerkschaften in der neuen Klassensituation

Der Gewerkschaftstag der IG Metall, der vor kurzem in München stattfand, vermittelt uns wichtige Lehren und zeigt, welch große Anstrengungen wir Kommunisten unternehmen müssen, um die Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter zu erhalten und zu stärken.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall stieß die Bereitschaft von Führern der IG Metall, sich der SPD-Führung anzupassen, auf heftige Kritik. Einige Delegierte, z. B. der Sozialdemokrat Preschke aus Bochum, brachte den Kernpunkt des Kampfes um den Kurs der IG-Metall deutlich zum Ausdruck, indem er unter Zustimmung der Delegierten ausrief: „Seit einem halb Jahren kommt es mir vor, als hätte die Bundesregierung nicht nur zwei Partner in der Großen Koalition, sondern einen dritten Partner, die IG Metall.“

Das ist der deutliche Ausdruck dafür, daß die Mehrheit der Delegierten die IG Metall als selbständige, unabhängige Organisation erhalten und stärken will.

Diese richtige klassenmäßige Erkenntnis hat in der IG Metall eine breite Basis, die zusammenfällt mit den Erfahrungen der Millionen Metallarbeiter in der Regierungszeit der Großen Koalition. Die Hauptauseinandersetzung auf dem Gewerkschaftstag entwickelte sich über die Wirtschaftspolitik des SPD-Ministers Schiller, insbesondere über die Mitarbeit der IG-Metall-Führung in der konzertierten Aktion. Hierbei ging es um die grundlegende Tatsache, daß die Wirtschaftskrise 1967 auf Kosten der Werktätigen zugunsten der Monopole

gelöst wurde und dabei die aktive Lohnpolitik unter den Schlitten geraten ist. Die Reallöhne stagnieren oder sind in Teilbereichen sogar gesunken, während die Profite der Monopole durch die konzertierte Aktion, also mit Staatshilfe, in die Höhe geschnellt sind. Das empört die Metallarbeiter zu recht.

Mit allen Mitteln verteidigte der Vorstand seinen Entschließungsentwurf, der die weitere Mitarbeit in der konzertierten Aktion vorsieht. Trotz aller Vorspiegelungen, daß es bei der konzertierten Aktion jetzt um die soziale Symmetrie gehe, und trotz Abstimmungsmanipulationen haben von 407 Delegierten nur 200 der Vorstandentschließung zugestimmt, während 163 dagegen stimmten.

Wichtig für die Beurteilung der Lage in der IG Metall ist auch die weitere Auseinandersetzung über die Haltung des Vorstandes in der Notstandsfrage. Der Unwillen der Delegierten darüber war groß, daß die IG-Metall-Führung in der letzten Phase des Kampfes gegen die Notstandsverfassung aus Rücksicht auf die SPD-Führung oder in Übereinstimmung mit ihr wirkungsvoile eigene Kampfactionen für die Verteidigung des Grundgesetzes verhindert hat.

Wir können es als positiv bewerten, daß der Gewerkschaftstag eindeutig die Notwendigkeit von Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Mitbestimmung unterstrichen hat. Seitens des Vorstandes bestand die Absicht, in der Mitbestimmungsfrage alles auf eine Gesetzes-Initiative der SPD noch in dieser Legislaturperiode zu konzentrieren und zu beschränken. **In einem einstimmig angenommenen Antrag wurde aber beschlossen, ein eigenes Aktionsprogramm für den Kampf zur Durchsetzung der Mitbestimmung auszuarbeiten.**

Gewerkschaften als Kampforganisation erhalten und stärken

Wenn sich auch in solchen und anderen Initiativen auf dem Gewerkschaftstag die Bereitschaft und zum Teil Entschlossenheit der Delegierten zeigte, entgegen allen Bestrebungen, die IG Metall in das staatsmonopolistische System zu integrieren, ihre Organisation als Kampforganisation der Arbeiter zu erhalten und zu stärken, so muß doch mit allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß die Gefahr besteht, die IG Metall zum Stillhalten gegenüber der arbeiterfeindlichen Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung zu bewegen, um sie so als Wahlhelfer für die Politik der rechten SPD-Führer zu missbrauchen. Um das zu erreichen, haben Brandt und Schiller auf dem Gewerkschaftstag beschwörend auf die Delegierten eingeredet und auch verstanden, mit antisowjetischer Hetze Verwirrung zu erzeugen.

Große Unklarheiten gab es auch bei den Delegierten über den Inhalt der sogenannten neuen Ostpolitik, die Brandt auf dem Gewerkschaftstag anpries, was auch in den angenommenen Entschließungen seinen Ausdruck fand.

Trotz des eindrucksvollen Widerstandes des Gewerkschaftstages gegen die konzertierte Aktion gelang es Schiller, sich als Minister zu empfehlen, der den Gewerkschaften nahestehe.

Genossinnen und Genossen, gestattet mir, daß ich noch auf die Diskussion eingehe, die auf dem Gewerkschaftstag um die Aufhebung des Verbots unserer Partei geführt wurde. Es ist zweifellos ein Erfolg gewesen, daß aus sieben Verwaltungsstellen, aus Gelsenkirchen, Rheinhausen, Solingen, Velbert, Düsseldorf, Wuppertal und Nürnberg Anträge für die Wiederherstellung der Legali-

tät unserer Partei vorlagen. In der Diskussion wurde insbesondere von fortschrittlichen Delegierten eindringlich die Notwendigkeit der Legalität unserer Partei begründet. Die Antragskommission aber empfahl die Ablehnung der Anträge mit der Begründung, daß eine Wiederzulassung rechtlich nicht möglich sei. Es sei Aufgabe der Kommunisten, sich selbst eine legale politische Betätigung zu ermöglichen. Die IG Metall könne hier kein Ratgeber oder Verbündeter sein. Obwohl in der Diskussion darauf hingewiesen wurde, daß es nicht in erster Linie darauf ankomme, daß die IG Metall sich mit der Politik der KPD solidarisiere, sondern daß es einem demokratischen Prinzip entspreche, daß sich die Kommunisten frei betätigen können, wurde die Empfehlung der Antragskommission gegen ca. 30 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, angenommen.

Abschließend möchte ich zu diesem Punkt noch sagen: **Wir müssen der gefährlichen Rechtsentwicklung, in die die IG Metall gedrängt werden soll, entschlossen entgegentreten. Wir dürfen dabei aber keineswegs übersehen, daß in wichtigen Klassenfragen ein großer Teil der Delegierten auf dem Gewerkschaftstag nach wie vor auf den Positionen des Kampfes für ihre sozialen und demokratischen Interessen stand.**

Deshalb wäre es grundfalsch, bei der Auswertung des Gewerkschaftstages bei den negativen Beschlüssen zu verweilen und sich in eine sektiererische Isolierung zurückzuziehen. Im Gegenteil: Wir müssen die in unserem Programm-entwurf entwickelte Gewerkschaftspolitik vertreten.

IX

Die Verschärfung der Lage und unsere Bündnispolitik

Wir müssen der Tatsache nüchtern ins Auge schauen, daß der im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR von den herrschenden Kreisen hochgepeitschte Antikommunismus von den Kreisen des demokratischen Bürgertums bis hinein in die Arbeiterklasse tiefe Spuren hinterlassen hat. Vielen Menschen ist die Haltung unserer Partei in dieser Situation nicht verständlich.

Wir Kommunisten haben gelernt, feinfühlig zu unterscheiden zwischen denen, für die der Antikommunismus das ideologische Hauptmittel zur Durchsetzung ihrer Aggressionspolitik ist und denen, die nur gefühlsmäßig reagieren, weil sie sich in den komplizierten Klassenauseinandersetzungen nicht zurechtfinden. Darum wäre es ein großer Fehler, all diesen Menschen ungeduldig oder mit Unverständnis gegenüberzutreten.

Thomas Mann hat seinerzeit den Antikommunismus als die Grundtorheit unserer Epoche bezeichnet. Heute wird noch klarer, daß der Antikommunismus zugleich das Mittel ist, um das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse und aller progressiven Kräfte zu stören und wenn möglich zu sprengen.

Die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik wollen mit Hilfe der antikommunistischen Hetze die demokratische Opposition spalten und schwächen, um so leichter ihren Rüstungskurs fortsetzen, das Wettrüsten anheizen, die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages sabotieren, ihre Bemühungen, in den

Besitz von atomaren Vernichtungswaffen zu kommen, noch verstärken und gleichzeitig die Ausbeutung und Knebelung der Arbeiterklasse, der sozialistischen und demokratischen Bewegung verschärfen zu können. Ist es in einer solchen Situation nicht die gemeinsame Pflicht, trotz unterschiedlicher Einschätzung der Vorgänge in der CSSR, unsere Aufgaben im eigenen Land zu erfüllen und gemeinsam der verschärften Rechtsentwicklung entgegenzutreten?

Es wäre ein verhängnisvoller Fehler und würde nur den reaktionären Kräften in unserem Lande nützen, wenn die demokratischen Kräfte, die in den letzten Jahren gemeinsam gegen die Notstandsdrohung und die Atomrüstung, gegen die USA-Aggression in Vietnam, gegen die soziale Reaktion und die Rückständigkeit in Schule und Hochschule gekämpft haben, sich jetzt auseinandermanövriren ließen. Wenn es richtig ist, daß die Ziele und Forderungen der „Kampagne für Abrüstung und Demokratie“, der Kuratorien „Notstand der Demokratie“, der fortschrittlichen Bewegung der Arbeiterjugend und der Studenten, die in Jahren des gemeinsamen Kampfes entwickelt wurden, den Interessen des Volkes entsprechen, und sie sind richtig, dann sollten diese Ziele und Forderungen auch in Zukunft gemeinsam von allen denen verfochten werden, die sie bejahen.

Gemeinsamkeit des Handelns verstärken

Die Gefahren für Frieden und Demokratie, die aus dem Kurs der herrschenden Kreise und der Regierung der Großen Koalition erwachsen, sind nicht geringer geworden. Wenn wir ihnen erfolgreich entgegentreten wollen, dann muß die Gemeinsamkeit des Handelns aufrechterhalten werden. Die Aufgabe, eine grundlegende demokratische Wandlung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik zu erkämpfen, ist ebenso aktuell wie bisher. Wenn sie gelöst werden soll, dann dürfen die demokratischen Kräfte die entstandene Gemeinsamkeit des Handelns nicht schwächen, sondern müssen sie weiter stärken und ausbauen.

Wir Kommunisten meinen, daß eine ehrliche Bündnispolitik Meinungsverschiedenheiten in der einen oder anderen Frage nicht ausschließt, und daß diese Meinungsverschiedenheiten offen, sachlich und kameradschaftlich diskutiert werden können. Aber die Hauptsache ist und bleibt, für alle Forderungen und Ziele — in denen sich die verschiedenen Strömungen in der demokratischen Bewegung einig sind — gemeinsam einzutreten. Von diesem prinzipiellen Standpunkt her werden wir auch weiterhin unsere Bündnispolitik bestimmen.

Diese unsere grundsätzliche Position bildet auch die Basis für unsere weiteren Bemühungen, ein breites Bündnis der demokratischen Kräfte für die Bundestagswahlen zu erreichen.

Genossen, wir haben von Anfang an den Bestrebungen, wie das auch aus unserem Programmentwurf hervorgeht, der außerparlamentarischen Bewegung eine parlamentarische Vertretung zu geben, große Bedeutung beigemessen. Wir gehen dabei von dem Ratschlag Lenins aus, daß die Arbeiterklasse alle Formen des politischen Kampfes, die außerparlamentarischen und parlamentarischen,

beherrschen und anwenden muß. Wir sollten darum auch die ideologische Auseinandersetzung innerhalb der demokratischen Bewegung gegen antiparlamentarische Auffassungen verstärken. Besonders unter den Studenten und unter ausgeschlossenen Sozialdemokraten sind solche Auffassungen vertreten, die eine Beteiligung an Parlamentswahlen überhaupt ablehnen oder diese Beteiligung auf den bloßen Protest ohne Kandidatur beschränken wollen. Wir sollten uns auch gegen Tendenzen wenden, die das Bündnis einengen, indem sie nicht das gemeinsame demokratische und antimonopolistische Programm dieses Bündnisses hervorkehren, sondern im Bündnis sozialistische Firmierungen geben wollen, die nicht der gegenwärtigen Lage entsprechen.

Welche Aufgaben stehen vor uns?

Der Wunsch des Gegners ist es, uns und alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik in eine Dauerdiskussion über die Ereignisse in der CSSR zu verwickeln. Unsere Kräfte sollen gelähmt und in dieser Diskussion aufgezehrt werden. Wir werden dem Gegner diesen Gefallen nicht tun.

Selbstverständlich stellen wir uns die Aufgabe, all die Probleme, die durch die Ereignisse in der CSSR aufgeworfen sind, zu klären. Wir haben im Referat versucht, dafür eine Grundlage zu geben. Worauf es aber entscheidend ankommt, das ist, in den brennenden Lebensfragen, die nach wie vor vor der Bevölkerung der Bundesrepublik stehen, zum gemeinsamen und energischen Handeln zu kommen. Unsere Meinung ist, daß diese Lebensfragen auf die Dauer durch den Antikommunismus nicht zugedeckt werden können.

Im Mittelpunkt: Die im Programmentwurf ausgearbeitete Politik

Wenn wir die vom Zentralkomitee unserer Partei ausgearbeitete Politik im Lichte der jüngsten Ereignisse überprüfen, so können wir die Feststellung treffen, daß sich die Richtigkeit unserer Politik, die Einschätzung der Lage und der Entwicklungstendenzen, wie wir sie aufgezeigt haben, bestätigt haben.

Wir haben aus den Reihen unserer Partei zahlreiche Stellungnahmen erhalten, aus denen hervorgeht, wie bedeutungsvoll es war, daß wir bei der Ausarbeitung des Programmentwurfs von einer wissenschaftlich fundierten Ausarbeitung des Wesens und des Charakters des deutschen Imperialismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der ihnen innewohnenden aggressiven Tendenzen ausgegangen sind und dabei die Rolle der Führungsspitze der SPD herausgestellt haben. Dementsprechend waren wir auch in der Lage, der Arbeiterklasse und der Bevölkerung einen Weg zu weisen, wie Reaktion und Neonazismus aufgehalten, zurückgedrängt und die Bundesrepublik in einen friedlichen, demokratischen, fortschrittlichen Staat umgewandelt werden kann. An dieser Aufgabenstellung hat sich nichts geändert. Im Gegenteil. Im Lichte der jüngsten Ereignisse ist die Lösung dieser Aufgaben nur noch dringlicher geworden und erfordert die größten Kraftanstrengungen aller Parteigliederungen, all unserer Genossen und aller demokratischen Kräfte. Darum, Genossen, ist es auch so wichtig, daß wir im Zusammenhang mit den Diskussionen, die wir in der Arbeiterklasse und in anderen Kreisen der Bevölkerung führen, von der im Programmentwurf ausgearbeiteten Politik ausgehen.

Die grundsätzliche Position unserer Partei und die nächsten Aufgaben

Im Kampf um die unmittelbaren aktuellen Forderungen sollten wir stets die grundsätzliche Position unserer Partei vor Augen haben:

„Keine dieser Lebensfragen ist auf die Dauer lösbar, wenn nicht die Macht der Monopole über Staat und Wirtschaft gebrochen wird.“

Demokratie, Frieden und eine gesellschaftliche Vorwärtsentwicklung können nur verwirklicht werden durch eine Veränderung der Machtverhältnisse, durch tiefgehende demokratische Reformen, durch eine demokratische Umgestaltung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens — Wirtschaft und Staat, Bildung und Kultur — erfaßt und dem arbeitenden Volk den maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke unseres Landes sichert.

In dem Maße, wie die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk die Macht des Großkapitals zurückdrängen und sich Einfluß in Wirtschaft und Staat erkämpfen, können die in der Verfassung verkündeten demokratischen Rechte verwirklicht, kann die Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens umgestaltet werden.“

(Aus dem Programmentwurf der KPD)

Es gilt jetzt, alles zu tun, um Massenaktionen zu entwickeln für die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam, für die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit.

Denen, die über „europäische Friedensordnung“ reden, aber die Veränderung des Status quo meinen, antworten wir: Für die Sicherung des Friedens in Europa ist erforderlich: die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs durch die Bundesregierung; die Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen; der Abschluß eines völkerrechtlich gültigen Vertrages der Bundesrepublik mit der DDR über den Verzicht auf Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen; der Verzicht beider deutscher Staaten auf Besitz und Verfügungsgewalt über Atomwaffen; die Entfernung aller atomaren Sprengköpfe von deutschem Boden; die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa; die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen aller europäischen Staaten mit beiden deutschen Staaten; die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen.

Der Kampf um das Mithesstimmungsrecht der Arbeiter und der Gewerkschaften in Wirtschaft und Staat, die Beseitigung des Meinungsmonopols, vor allem durch den übermächtigen Springerkonzern, und die Schaffung demokratischer Bedingungen im gesamten Presse- und Informationswesen steht dringlicher als je zuvor. Das hat die ganze Lügen- und Verwirrungskampagne der letzten Wochen bewiesen.

Jeder kann sich heute davon überzeugen, wie durch die revanchistische Politik der Bundesregierung der Neonazismus einen so gefährlichen Auftrieb erhält und wie die Regierungsparteien auch jetzt bei den Wahlen dazu übergehen, die NPD offen zu ihrem Koalitionspartner zu machen. Allein diese Tatsachen unterstreichen, daß alle Vorhaben auf ein Zusammensehen und ein Wahlbündnis der demokratischen Kräfte absolutes Erfordernis ist, um das wir Kommunisten unbeirrbar ringen.

Der in den Kabinetsitzungen vorgelegte Haushaltplan für das Jahr 1969 enthält eine weitere erhebliche Erhöhung der Rüstungslasten, die nur auf Kosten der werktätigen Bevölkerung gehen, und zugleich einen bisher noch nie dagewesenen Angriff auf die Finanzhoheit der Länder und Gemeinden, denen die Mittel für die Erfüllung der dringendsten sozialen und humanitären Maßnahmen genommen werden. Auch die Wirtschaftspolitik verläuft verschärft in der Richtung der Sicherung und Erhöhung der Profite der großen Monopole, wobei der Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt sich noch mehr reduziert. Das erhöht die Verantwortung der fortschrittlichen Kräfte, insbesondere in den Gewerkschaften, dem sozialreaktionären Regierungskurs Widerstand zu leisten und ihm eine eigene demokratische Alternative entgegenzustellen.

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben wird es uns sehr helfen, wenn wir die Diskussion über der Programmentwurf bis in die letzte Einheit der Partei fortsetzen und darin die auf dieser Tagung erarbeiteten politisch-ideologischen Probleme einbeziehen.

Es ist notwendig, nicht nur in den eigenen Reihen, sondern darüber hinaus unter Ausnutzung aller Möglichkeiten an der Klärung der Grundfragen, die vor der gesamten Arbeiterbewegung und der demokratischen Kräfte stehen, zu wirken.

Vor dem 50. Jahrestag unserer Partei

In Kürze begehen wir den 50. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution. Die KPD wurde in den revolutionären Stürmen dieser Zeit geboren. Sie hat stets die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung verfochten. Nie haben wir an der unbeirrbaren Treue zur KPdSU rütteln lassen, zur Partei Lenins, stets haben wir uns bemüht, die Sache des Volkes, seinen Frieden und seinen Fortschritt zu vertreten, nie hat unsere Partei geschwankt im Kampf gegen unseren Todfeind, den deutschen Imperialismus, immer waren wir bestrebt, aus den Erfahrungen des Klassenkampfes zu lernen, um die Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu schmieden. Stets haben wir den untrennbar zusammenhang zwischen nationalen Interessen und Internationalismus verteidigt und danach gehandelt.

Dank dieser marxistisch-leninistischen Prinzipienfestigkeit konnte auf deutschem Boden, in der DDR, unter Führung der geeinten marxistisch-leninistischen Partei, der SED, der erste deutsche sozialistische Staat entstehen. Damit hat der Sozialismus, die größte Sache der Menschheit, im Heimatland von Karl Marx und Friedrich Engels, Fuß gefaßt. Das ist ein historisches Ergebnis auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland. Der Weg dorthin wird schwer sein. Eine entscheidende Voraussetzung, ihn erfolgreich zu gehen, ist die marxistisch-leninistische Partei, ihre Prinzipienfestigkeit, ihr Vermögen, sich mit den Volksmassen zu verbinden.

Genossen, wenn wir die so gestellten Aufgaben des Zentralkomitees richtig anfassen, so bin ich gewiß, werden wir auch durch unser einheitliches Auftreten in der Arbeiterklasse und in der gesamten Öffentlichkeit den Kampf um eine legale Kommunistische Partei in der Bundesrepublik mit Erfolg weiterführen können.

**Dem Imperialismus einheitlich entgegentreten!
Entschließung der 13. Tagung des Zentralkomitees der KPD**

Das Zentralkomitee bestätigt die Stellungnahme des Politbüros zu den Ereignissen in der CSSR und zum Vorgehen der fünf sozialistischen Länder. Das Eingreifen bewaffneter Kräfte der sozialistischen Länder war notwendig zum Schutz des Sozialismus in der CSSR, zur Wahrung des Friedens in Europa, nicht zuletzt für unsere eigene Bevölkerung.

Unsere Partei ist der antikommunistischen Pogromhetze mit ihrem festen Klassenstandpunkt entgegengetreten und hat der Wahrheit gegen eine Flut der Verleumdung Gehör verschafft. Unsere Partei hat damit eine harte Probe ihres proletarischen Internationalismus bestanden. Das gibt uns die Gewähr, daß es uns gelingen wird, den Prozeß der Klärung in der Bundesrepublik weiterzuführen und gemeinsam mit allen Demokraten und Sozialisten die Aufgaben zu erfüllen im Kampf für Frieden und Sicherheit, Normalisierung der Beziehungen zur DDR, Demokratie und sozialen Fortschritt.

Die Vorgänge in der CSSR bestätigen die Einschätzung im Programmentwurf unserer Partei, daß sich der internationale Klassenkampf verschärft. Der Imperialismus will sich nicht damit abfinden, daß der Sozialismus in der Welt und vor allem auch in Mittel- und Osteuropa einen festen Platz hat und in hohem Maße den Gang der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung bestimmt. Über die wachsende imperialistische Aggressivität dürfen wir uns durch die Tatsache nicht hinwegtäuschen lassen, daß amerikanische Globalstrategen und westdeutsche „Neuordner Europas“ ihre Absichten als „Politik des Brückenschlags“ verkünden. Die „neue Ostpolitik“ ist das Kernstück der psychologischen Kriegsführung, ist der Versuch, mit Hilfe sozialdemokratischer Minister die von Strauß entwickelte Konzeption der „Neuordnung Europas“ im Interesse des Großkapitals vor der eigenen Bevölkerung und den anderen Völkern zu tarnen.

Die Imperialisten und insbesondere der westdeutsche Imperialismus wollten im Zusammenspiel mit den antisozialistischen und revisionistischen Kräften in der CSSR die kapitalistische Restauration herbeiführen und dieses sozialistische Land aus dem Warschauer Vertrag herausbrechen.

In den letzten Monaten hatte sich im Innern der CSSR eine Lage entwickelt, daß die antisozialistischen konterrevolutionären Kräfte zu einer unmittelbaren Gefahr geworden waren. Sie hatten die Massenmedien an sich gerissen, bauten ihre Organisationen auf, erzeugten eine Welle des Nationalismus und der antisowjetischen Hetze und richteten ihren Hauptangriff gegen die führende Rolle der KPC, gegen die Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht.

Die kommunistischen Parteien und Regierungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten haben in Beratungen mit der Leitung der KPC und der Regierung der CSSR die politisch notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Sozialismus und zur Verhinderung der Konterrevolution vorgeschlagen. Dieser politischen Lösung hatten seit Monaten die zwei- und mehrseitigen Beratungen in Dresden, Warschau, Cierna nad Tisou, Bratislava und Karlovy Vary gegolten.

Die Vereinbarungen von Cierna und Bratislava waren eine Grundlage für eine politische Lösung. Wir Kommunisten in der Bundesrepublik haben darauf die gleichen Hoffnungen gesetzt wie die Genossen in der Sowjetunion und in der DDR, in Polen, Ungarn, Bulgarien und in anderen Ländern, und wie die sozialistischen Kräfte in der CSSR selbst. Als diese Vereinbarungen von den tschechoslowakischen Unterzeichnern nicht erfüllt wurden, als sich herausstellte, daß das Schicksal des Friedens und des Sozialismus auf dem Spiel stand, mußten die sozialistischen Länder eingreifen.

Richtig zu beurteilen ist dieser Schritt nur vor dem Hintergrund des Zusammenspiels zwischen den Gegnern des Sozialismus in der CSSR und den imperialistischen „Neuordnern Europas“ von außen. Die Frage der Augusttage 1968 lautete: Soll der Sozialismus in der CSSR bestehen bleiben? In dieser Situation hätten die fünf Länder ihre internationalistische Pflicht nicht erfüllt, würden sie weiter abgewartet und nicht eingegriffen haben.

Die alte Klassenfrage „Wer — wen?“ mußte gegen den Imperialismus und für den Sozialismus, gegen den Krieg und für den Frieden entschieden werden.

Wir alle haben gehofft, daß die KPC und die Arbeiterklasse in der CSSR selbst die Kraft finden würden, mit der Gefahr fertig zu werden, daß ein militärisches Eingreifen nicht erforderlich sein würde. Aber dieses Eingreifen war zur einzigen Alternative gegen den Vormarsch der Konterrevolution, gegen die Pläne des Imperialismus und zur Verhinderung einer neuen ungarischen Tragödie geworden.

Kein Soldat der fünf sozialistischen Länder kam in die CSSR, um sich dort der Entwicklung der sozialistischen Demokratie entgegenzustellen. Die Truppen der sozialistischen Staaten garantieren vielmehr, daß die Errungenschaften der Arbeiterklasse der CSSR erhalten und weiterentwickelt werden. Was des Volkes Hände schufen, wird das Eigentum des Volkes bleiben und nicht wieder in den Besitz des Großkapitals zurückfallen. Es wird kein Zurück geben zur Spaltung der Arbeiterklasse. Es wird kein Zurück geben zur demokratisch getarnten Diktatur des Kapitals, sondern ein sicheres Fortschreiten auf dem Wege der sozialistischen Demokratie. Für uns Kommunisten ist eine sich ständig vervollkommnende Demokratie ein untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Die konsequente Durchführung der gemeinsam getroffenen Moskauer Vereinbarungen wird die Grundlage für diese Entwicklung sichern.

Dem Gesundungsprozeß in der CSSR, der Beseitigung der geistigen und materiellen Schäden der Konterrevolution gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Wir erweisen unseren Genossen in der CSSR und dem tschechoslowakischen Volk den besten Dienst, indem wir der Einmischung der kalten und heißen Krieger in der Bundesrepublik entgegentreten.

Unser Kampf gegen den deutschen Imperialismus war immer hart und schwer. Die Lage in unserem Land und in ganz Westeuropa ist schwieriger geworden durch die konterrevolutionären Umtriebe in der CSSR und durch die von den Stäben der psychologischen Kriegsführung entfachte antikommunistische Hetze. Dem können wir nur begegnen mit Prinzipienfestigkeit in den eigenen Reihen und mit der Stärkung der internationalen Solidarität unserer Bewegung.

Wir bedauern, wenn Bruderparteien sich von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten distanzieren, die ihre internationale Pflicht erfüllen. Angesichts der verschärften Aggressivität des Imperialismus tritt das Zentral-

komitee unserer Partei dafür ein, daß alle kommunistischen Parteien gemeinsam die Festigung der sozialistischen Völkergemeinschaft und den vereinten Kampf gegen den Imperialismus und seine aggressiven Militärblöcke als ihre erste Pflicht betrachten müssen.

Wir wissen, daß heute noch manche Meinungsverschiedenheiten zwischen uns Kommunisten und anderen Kampfgefährten aus den Aktionen gegen Atomrüstung und Notstandsgesetze stehen. Aber eines darf dadurch niemals in Frage gestellt werden: unsere Zusammenarbeit gegen den gemeinsamen Feind, für unser gemeinsames Interesse.

Die Arbeiter, die Gewerkschafter gehören niemals an die Seite der Abs und Flick und Strauß, an die Seite der Unternehmerverbände, der Ausbeuter, die ihnen jede Mitbestimmung verwehren, sondern in die gemeinsame Front des Klassenkampfes mit den Kommunisten in der Bundesrepublik und mit den Arbeitern in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern. Die Werkstätigen in der Bundesrepublik müssen endlich im gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben mitbestimmen und mitentscheiden.

Die arbeitende Jugend, die Studenten und Schüler dürfen sich nach allen Erfahrungen, die sie selbst mit der Notstandspraxis der Herrschenden, mit der Pogromhetze der Springer-Presse gemacht haben, nicht gegen ihre eigenen Interessen manipulieren lassen. Kein Anhänger des Friedens darf sich von denen irreführen lassen, die das vietnamesische Volk morden, die den schmutzigen Krieg der USA unterstützen, die die Ereignisse in der Tschechoslowakei verschieben, um noch mehr Milliarden für die Rüstung zu vergeuden und um die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag zu verweigern.

Wir wenden uns an die sozialdemokratischen Genossen: Die antikommunistische Hetze hat noch niemals den Arbeitern, der Demokratie und dem Fortschritt genutzt. Der Gewinner ist die Reaktion, am meisten ihr äußerster rechter Flügel um Strauß und Thadden. Die Lehre aus den Ereignissen in der CSSR ist, daß die demokratischen Kräfte in unserem Lande dem Drang der herrschenden Kreise nach Veränderung der europäischen Grenzen einheitlich entgegentreten müssen. Denn dieses Streben nach Veränderungen der Grenzen, des territorialen Status quo ist die Ursache der Unruhe und Unsicherheit in Europa.

Die Bonner Politiker, die sich als Freunde der arbeitenden Menschen, ja eines „demokratischen Sozialismus“ in der CSSR gebährden, widersetzen sich bei uns jedem Schritt in Richtung der elementaren sozialen, demokratischen und friedlichen Forderungen. Wir selbst, die Arbeiter und ihre Gewerkschaften, die Jugend und die Studenten, Bauern und Geistesschaffende sind die Kraft, die allein in der Bundesrepublik einen neuen Kurs herbeiführen kann. Wir fordern Freiheit in Presse, Fernsehen und Rundfunk für alle Demokraten und Sozialisten, für alle Anhänger der außerparlamentarischen Opposition, die für folgende Forderungen eintreten:

Für die sofortige Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages;

gegen jede Unterstützung des schmutzigen Krieges der USA in Vietnam;

für soziale statt militärische Aufrüstung;

für Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen als Grundbedingungen der europäischen Sicherheit;

- für Aufhebung der Notstandsgesetze und gegen jede Verschlechterung des Wahlrechts;
- für die Auflösung der NPD und Unterbindung aller neonazistischen Umtriebe;
- für Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in Betrieb, Wirtschaft und Staat;
- für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform und die Mitbestimmung der Schüler und Studenten;
- für die Wiederzulassung der KPD und die freie Verbreitung ihres demokratischen und sozialistischen Programms.

Es gibt keinen anderen Weg: Für jedes Recht, für jeden Schritt nach vorn, für die Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen muß die Arbeiterklasse, müssen alle demokratischen Kräfte gemeinsam kämpfen.

KOMMUNIQUE

Die 13. Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands hat stattgefunden. Das Referat über „Die Verschärfung des Klassenkampfes und die Aufgaben der KPD“ hielt der Erste Sekretär des ZK der KPD, Genosse Max Reimann. In der gründlichen Diskussion, an der sich zahlreiche Genossen des ZK beteiligten, kam die Einmütigkeit des Zentralkomitees mit der im Referat gegebenen Einschätzung der Lage zum Ausdruck. Das Zentralkomitee billigte einstimmig eine Entschließung, sowie Referat und Schlußwort des Genossen Max Reimann.

INHALT

Seite

Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Genossen Max Reimann, auf der XIII. Tagung des Zentralkomitees	
Der sich verschärfende Klassenkampf im Weltmaßstab	5
Zu Entwicklungen und Problemen in der CSSR	9
Die Imperialisten und die Selbstbestimmung	13
Die Moskauer Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und der CSSR	17
Das wahre Kräfteverhältnis und unsere Gesamtstrategie	20
Sozialdemokratische Führer und die Machtpolitik des deutschen Imperialismus	22
Die Gewerkschaften in der neuen Klassensituation	25
Die Verschärfung der Lage und unsere Bündnispolitik	27
Die grundsätzliche Position unserer Partei und die nächsten Aufgaben	30
Entschließung der 13. Tagung des Zentralkomitees der KPD	32

